

# FULDAER VERHÄLTNISSSE



**Über rechtsradikale Strukturen und Aktivitäten  
in Fulda und im Raum Osthessen**

von Lukas Larbig, Peter Nowak und Alex Waldmann

Titelbild Cover:

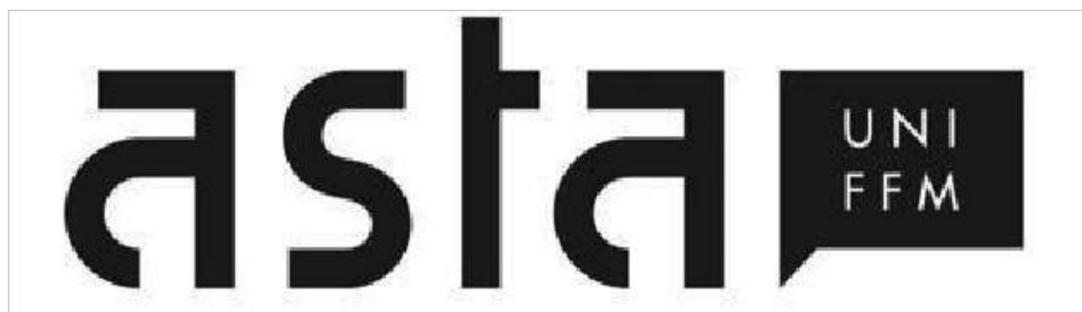
Martin Hohmann und Jens Mierdel auf einer Kundgebung  
gegen den Besuch von Angela Merkel  
(26.08.2017, Bahnhofstraße Fulda)

## **Inhalt:**

Deutschlands Mitte – aber rechts daneben!*	S. 3
Die Wehrsportgruppe Fulda	S. 11
Tötung als Aufnahme-ritual – Der rechtsextreme Mord an Doris Botts in Fulda	S. 17
Martin Hohmann und die (Ost)-Hessische CDU	S. 20
Kampf um Erinnerung, Kampf für Aufklärung! Der Fall des getöteten Matiullah J. in Fulda	S. 25
Die NPD	S. 28
Die Republikaner	S. 31
Die Identitäre Bewegung	S. 32
Der Dritte Weg	S. 34
Chronologie rechtsextremer Gewalttaten und Aktivitäten im Raum Fulda/Osthessen seit 2000	S. 38
Schlussbemerkung	S. 44
Trivia	S. 47

**ERSTELLT VON DER ANTIFA OSTHESSEN, MAI 2022.**

**DANKE AN DEN AStA DER UNIVERSITÄT FRANKFURT/  
MAIN FÜR DEN DRUCK.**



**AStA Uni Frankfurt  
Mertonstraße 26-28  
60325 Frankfurt am Main**

**DANKE AN TIMO STEINKE FÜRS KORREKTURLESEN!**

**So der Titel einer selbst vor Ort längst in Vergessenheit geratenen Publikation aus den 90er Jahren. Das Buch dokumentiert eine Region im geographischen Zentrum der Republik und am rechten Rand des politischen Diskurses. Die späteren Protagonisten der nach der Wende im Osten fußfassenden neofaschistischen Bewegung genossen hier seit jeher freies Geleit. Hier war die Wehrsportgruppe Hoffmann aktiv, die Wiking-Jugend und nationale Nazi-Größen wie Michael Kühnen und Christian Worch fanden ihre Basis, von der aus sie dann den für Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus empfänglichen Osten beimpften. Die Rede ist von der Region Osthessen mit der kleinen Großstadt Fulda als ihrem Oberzentrum, geistig hinreichend charakterisiert als osthessische Barockstadt, ständiger Sitz der deutschen Bischofskonferenz, CDU-Hochburg und mittlerweile auch AfD-Hochburg. In einem recht begrenzten Echoraum vollzieht sich hier mit beschleunigtem Tempo, was auch die ganze Spannweite der Republik bereits ergriffen hat.**

Im Einflussbereich der Stadt formiert sich, was man zurückhaltend strukturschwach nennt, die Rhön, der Vogelsberg, minderwertiges Agrarland, historisch ein Armenhaus, von Fürstbischöfen bis auf den Grund der schieren Existenz ausgebeutet, wovon noch pittoreske Herrenhäuser zeugen. Nie in der Geschichte der Bundesrepublik existierte hier ein ernstzunehmender politischer Konkurrent für die CDU. Insgesamt bewegt sich das Wählerpotential links der Union seit jeher relativ stabil um dreißig, fünfunddreißig Prozent. Zur Union gesellt sich mit der Christlichen Wähler Einheit (CWE) als selten geforderter Mehrheitsbeschafferin eine Wählergemeinschaft, die in Erklärungsnot geriete, sollte von ihr eine Abgrenzung zur CDU erwartet werden. Man stehe „für mehr Bürgernähe“ wäre die knappe Antwort dann. Politischer Erfolgsgarant in Fulda und der angrenzenden Rhön war immer kompromissloser Konservatismus. Wer aus Kreisen der Union zu überregionaler Bekanntheit gelangte, kratzte schon zu seiner Zeit am rechten Rand jedes bürgerlich-konservativen Staatsverständnisses: Alfred Dregger, der ehemalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende etwa. Ende der Siebziger befeuerte dieser mit der Forderung nach „von bürokratischen Einwirkungen freigestellten“ Freischärlern im Kampf gegen die RAF eine bereits überbordende Debatte, forderte nicht nur das

Standrecht ein, sondern auch, auf bloßen Verdacht bereits sei das Abzugsgewicht zu überwinden. In den 90er Jahren bildete er gemeinsam mit Rechtsradikalen eine Phalanx gegen die Wehrmachtsausstellung. Er war ebenso schillernde Figur des deutschen Rechtskonservatismus wie der Lebensschützer und Homohasser Johannes Dyba, Erzbischof von Fulda. Der bezeichnete noch im Jahre 2000 Homosexualität als eine „Degeneration“, vertrieb Schwule aus dem Dom. Seine Kritiker taufte ihn zum „Ajatollah von Fulda“. Ein wenig jüngerer Spross desselben knöchernen Holzes soll uns später noch beschäftigen: Martin Hohmann, Ex-CDU-MdB, im Jahr 2003 auf Betreiben Angela Merkels zunächst auf die Fraktionslosenplätze verwiesen und anschließend auch aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte zum Tag der deutschen Einheit eine Rede gehalten, die in ganz weitem Schweif eine angebliche historische Verantwortung des Judentums für Verbrechen des Bolschewismus konstatierte und damit zur Conclusio kam, Deutsche (Nichtjuden) seien den Juden nichts schuldig. Seither war es relativ ruhig geworden um die Osthessen-CDU. Gewiss paktiert auch der derzeitige Bundestagsabgeordnete Michael Brand als betont konservativer Lebensschützer mit recht zweifelhaften Gestalten, muss sich darüber bewusst sein, dass zahlreiche Anhänger der in Fulda starken, aus der katholischen Kirche selbst exkommunizierten, Piusbruderschaft seinen spirituell fundierten Reden übers Lebensrecht ungeborenen Lebens applaudieren. Er ist dabei aber kein Polterer, der die Aufmerksamkeit um jeden Preis, den Eklat auch sucht. Viel zurückhaltender, oft geradezu nachdenklich, wirken seine Auftritte vor dem Hintergrund jener nur schemenhaft skizzierten Ahnenreihe. Weniger inhaltlich, als vielmehr in seiner gesamten Präsenz, vermittelt er Verständnis, Empathie und Milde. Er ist keiner, der jeden schwulen Mann lauthals der Pädophilie verdächtigt oder junge Frauen in schwierigen Lebenslagen für ihre Entscheidungen persönlich und rhetorisch ehrabschneidend verurteilt. Auch der Kontrast zu seiner Vorgängerin als Menschenrechtsbeauftragter der Unionsfraktion, Erika Steinbach, mittlerweile Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, könnte so kaum deutlicher sein. Sein Profil und Einfluss auf der politischen Bühne sind aber gerade deshalb stark begrenzt, weil er sich nicht glockenlaut in den Fokus rückt, ihn eher die Aura des pietistischen Seelsorgers umgibt, als

die des konservativen Machtpolitikers. Im Bundestag ist der getaufte Protestant ein Schanzer, der die Sünden seines Vorgängers durch öffentlichkeitsferne Fachpolitik in Ausschüssen sühnt. Im Plenarsaal findet man ihn dort, wo Kollegen zahlreicher Reihen vor ihm längst ohne Arbeitsfläche zurechtkommen müssen. Im Hohen Dom St. Salvator zu Fulda dagegen nimmt er seinen Stammplatz nicht im Schiff ein, sondern nah am Chor, wo der Weihrauch dicht ist und die Präsenz des Heiligen Geistes spürbar. Trügen seine Amtsvorgänger die Eiche im Wappen, müsste seines ein Haselstrauch zieren: aus zwar hartem Holz, doch von, in wechselnden Winden gebogener, zierlicher Gestalt dem hohen Wald in Demut ergeben und nichtsdestotrotz mit schwarzbraunen Früchten behangen.

Der Übergang des Bundestagstickets auf Brand kennzeichnet eine Entwicklungslinie der Fuldaer Union in ihrer Gesamtheit, keinen Bruch mit alten Traditionen, keine Revolution zunächst, aber einen schleichenden Konvergenzprozess; von der ehemals steinern und stolz harrenden Trutzburg des deutschen Rechtskonservatismus, zu einem, der die Befestigungen verwittern lässt und Anschlussfähigkeit in die bürgerliche Mitte darin sucht, sich wenigstens zurückhaltender zu verkünden.

Allerdings büßte man in der Folge massiv an bundes- und landespolitischem Einfluss ein, konzentriert sich noch aufs Kerngeschäft und versteht sich zunehmend apolitisch als Sachwalter der gewachsenen Partnerschaft zu lokalen Unternehmen. Der seit 2015 regierende Oberbürgermeister ist mehr noch als Brand Ausdruck dessen. Heiko Wingenfeld, natürlich CDU, ist in Fulda geboren, hat aber ansonsten erstaunlich wenig Stallgeruch. Der promovierte Jurist mit Schwerpunkt Human Rights hat die Welt gesehen, in einer angesehenen Frankfurter Kanzlei gearbeitet. Er ließ sich vor Jahren als Stellvertreter des Landrats wieder in Fulda nieder. Der Technokrat entwickelte in dieser Rolle kaum eigenes politisches Profil. Nach dem Kern seines Heimatbegriffs befragt, verweist er im Interview mit einem lokalen Werbeträger auf seinen Hühnerstall im Garten, fügt Freunde hinzu und kurze Wege in der Fuldaer City. Man erwäge die Antwort, die Alfred Dregger, der ebenfalls Fuldaer OB war, oder Martin Hohmann auf diese Frage gegeben hätten.

Wo ein Machtwechsel zwischen politischen Lagern über Dekaden undenkbar ist, entstehen naturwüchsig stabile, von Loyalität und Vertraulichkeit geprägte Beziehungen zwischen privater und politischer Macht und ihren Trägern ganz persönlich. So konnten ansässige Unternehmen in der Vergangenheit mit Millionen aus öffentlicher Hand rechnen. Nur um Beispiele zu nennen, wie hoch die Schwelle zum Skandal in der Fuldaer Öffentlichkeit ist, etwa als man dem Schlachthofbetrieb KFF vor rund zehn Jahren recht unvermittelt 2 Mio. Euro direkt aus den Kommunalkassen schenkte, nachdem dieser mit dem Standortargument drohte. Von den LKW eben jenes Unternehmens beeinträchtigte Straßen werden nun durch die Anwohner saniert. Am Ende werden sie doppelt dafür aufgekommen sein. Das Unternehmen wanderte fünf Jahre später ab. Privat-öffentliche Partnerschaften (PPP) sind derart gefloppt, dass eine irrsinnige Belastung für öffentliche Haushalte entstanden ist. Etwa sind die für Finanzamt und Landgericht in privaten Auftrag gegebenen Immobilien nach wenigen Jahren baufällig. Die dadurch entstehenden Kosten werden aber selbstverständlich von der öffentlichen Hand getragen. Ein noch junges und im Verhältnis zur Stadt riesiges Einkaufszentrum kurz vor ihren Toren drohte bereits mehrfach zu verwaisen. Es wird von einem noch jüngeren Komplex mit identischem Nutzungsprofil in Zentrumsnähe bedrängt. Ihren Zweck dürfte sie derweil beide längst erfüllt haben: Sie musste gebaut werden, von öffentlichen Geldern und Bauunternehmen mit regionalem Bezug. In Hünfeld, einer noch schwärzeren Kleinstadt im Landkreis, wundert sich mancher über die ungebrochene Bautätigkeit an Verkehrskreisel, die teils schnurgerade Straßen zwischen den Ortsteilen ohne jede Kreuzung unterbrechen und in der Innenstadt nahezu jegliches Grün verdrängen. Es scheint sich um denselben Bauunternehmer zu handeln, der auf diese Weise seit Jahrzehnten ununterbrochen in öffentlichem Auftrag Fläche versiegelt. Wer hier an Korruption und Vetternwirtschaft denkt, der hat erstens das Credo des Trickle-Down neoliberaler Politik nicht begriffen, mittelbar nütze es allen, wenn nur die Wirtschaft floriere und zweitens den Transmissionsriemen nicht entdeckt, eine möglichst breite reale oder wenigstens subjektive Komplizenschaft in der Bevölkerung zu etablieren.

Die Kirche spielt in dieser Machtkonstellation eine gewichtige Rolle, als ideologischer Partner konservativer Politik einerseits, nicht weniger aber wirtschaftlicher Faktor. Die Diözese ist einer der größten Arbeitgeber der Region und größte Immobilienholding der Stadt. Wer sich ungerne mit endlosen Einträgen im Grundbuch auseinandersetzt, dem wird nur selten bewusst, wie wenig öffentlich die Substanz dieser Stadt ist. Als durch die überregionale Presse 2008 bekannt wurde, dass ein innenstädtischer Drogeriemarkt auf Geheiß seines Vermieters – der Kirche – bis dato keine Kondome verkaufen durfte, da war ein solcher kurzer Moment.

Mit spitzer Feder ließe sich eine regionale Trinität aus Unternehmen, Politik und Kirche zur dialektischen Einheit eines regionalen Machtzentrums verschmelzen, so wie im historischen Hochstift die geistliche und weltliche Macht ganz im Fürstbischof verschränkt waren, dessen mächtigen Leib der Bischof drittens dem direkten Zugriff aufs ökonomische Produkt der Rhönbauern zu verdanken hatte.

Wo im bürgerlichen Staat idealtypisch als vierte Säule der Demokratie eine kritische Öffentlichkeit Kontrollaufgaben gewährleistet, pflegt der regionale Zeitungsmonopolist eine langjährige „Medienpartnerschaft“ mit der sog. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, einem einflussreichen neoliberalen Thinktank, gewissermaßen einem Lobbyverband der Wirtschaft. Entsprechend kommen die wenigen Artikel im Politikressort, die nicht Agenturmeldungen sind, daher, als seien sie weniger von Journalisten recherchiert, als vielmehr von spitzfindigen Spindoctors gestrickt. Den Leser blicken dazu aus jeweiliger Ausgabe in variierender Reihenfolge und vor stetig wechselnder Staffage, dieselben zwei Dutzend Gesichter aus Lokalseiten an: CDU-Politiker, Notabeln aus Wirtschaft, Klerus und kirchlichen Unternehmungen, der Bischof, der Altbischof, der Weihbischof, usw. Zu den Funktionen der Lokalzeitung gehört weiterhin, im Rahmen der Anerkennungsökonomie einen Beitrag zur sozialen und politischen Integration zu leisten, indem möglichst umfassende Teile der Bevölkerung der Reihe nach ihren Auftritt auf Lokal- und Sportseiten genießen, nicht selten im Rahmen von Gastauftritten neben ohnehin gebuchten Honoratioren. Indes sind jedem Bürger zwei Auftritte im Blatt fast sicher, da neben der obligatorischen Todesanzeige auch die Geburt jedes Kindes

nebst schablonenhaften Säuglingsfotos erscheint; hellhäutige Bündel mit zugekniffenen Augen, die Mädchen in rosa, die Buben in himmelblau.

Man kann anhand Fuldas, ohne jemals der Postdemokratie-Debatte gefolgt zu sein, erahnen, wohin die in der Fläche, in Europa und der gesamten westlichen Welt, fortschreitende Entleerung der Demokratie führt, wohin die Opposition neigt, wenn nur die Verhältnisse erkennbar wurmstichig sind, aber eine von Politischer Theorie und Kritik fundierte Debatte systematisch mit Paternalismus und Sachzwanglogik verschüttet wird. In weniger als vier Jahren durchläuft der Diskurs in Fulda nämlich in rasendem Tempo drei gesellschaftspolitische Phasen, die gleißende Kontraste zueinander bilden und deren Status quo die Zukunft mit Pessimismus füllt: Konservatismus, Weltoffenheit und Rechtspopulismus.

## II.

Niemand konnte ernsthaft damit rechnen, die steten, nach wie vor im Traditionalismus verhafteten Prozesse, würden auf absehbare Zeit derart aufgewühlt werden. Der Rahmen für konservative Nostalgie allerdings hatte sich bereits dramatisch geändert: Einerseits lastete angesichts einer vom Rechtsextremismus gereinigten CDU, die unter Angela Merkel in einer GroKo mit der SPD regierte, noch immer die Schmach des Hohmann-Skandals auf dem Regionalverband, andererseits bildete man auch in Hessen mittlerweile eine Regierung mit den Grünen. Somit hatte sich der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) demonstrativ hinter Merkels Parole „Wir schaffen das“ versammelt. Drittens waren Abgrenzungsbedürfnisse gegen die neue AfD entstanden.

Man darf annehmen, es würde den Granden der CDU zwar erhebliche Schmerzen bereitet haben, doch als Angela Merkel Ende 2015 die Grenzen angesichts zigtausender Kriegsflüchtlinge nicht abspernte, schien man überrumpelt, trug diese Entscheidung kritiklos und erstaunlicherweise scheinbar euphorisch mit.

Die verdichteten Interessen aller an der Bereitstellung öffentlicher Leistungen für Flüchtlinge beteiligter Akteure, von katholischen Verbänden als Anbieter sozialer Leistungen, von Eigentümern kaum auf einem freien Markt verwertbarer Immobilien, dem

Handwerk als Auftragnehmer in Flüchtlingsprojekten und potentieller Arbeitgeber in Mangelberufen, schlugen sich im politischen Entschluss nieder, die sog. Flüchtlingskrise lokal zweifelsfrei und über das Geflecht von Institutionen hinweg ungebrochen als Chance zu vermitteln.

Gilt dem konservativen Geist die subtilste Regung außerhalb scharfer sozialer Konventionen als Alarmsignal, seien es neue Moden der Jugend, besonders der beschworene Verfall der Werte durch Promiskuität und offen gelebte gleichgeschlechtliche Liebe, müssten Menschen, die so sehr in allen oberflächlichen Facetten abweichen wie viele der Geflüchteten, die Gemüter erhitzen.

Insbesondere die Betonung der wirtschaftlichen Chancen und Vorteile von gelingender Flüchtlingsintegration sollte aber für einen überschaubaren Zeitraum die Gravitation bodennaher Ideale tatsächlich außer Kraft setzen und mit einer Willkommenskultur einen progressiven Geist freisetzen.

Die interessenpolitisch geleiteten Entscheidungen der Kommune mündeten in einer annähernd revolutionären Dynamik. Fulda, das sonst nur durch den ICE-Bahnhof, gleich einem Nadelöhr, mit der Außenwelt verbunden scheint, öffnete sich gesellschaftspolitisch rasant. Nicht wenige Touristen verirren sich hierher, gewöhnlich, um wie durch eine Zeitschleuse den absolutistischen Geist zu atmen, den alleine die barocken Bauten ausstrahlen. Wer jedoch im Sommer 2016 die Bahnhofstraße als Reisender entlang auf den Universitätsplatz zulief, der muss Fulda als Teil der globalen Welt, offen, progressiv und multikulturell erlebt haben; eine Ausstrahlung, die, wie dekretiert von den Institutionen ungebrochen erzeugt, eine erhebliche Steuerungswirkung auf den sozialen Diskurs entfalten konnte. Zwischen Haupt- und Ehrenamt sollte Engagement in der Flüchtlingshilfe einen besonderen Stellenwert genießen. Die Kirche entdeckte neue Felder der Nächstenliebe und mit besonderer Hingabe orthodoxe Christen unter den Flüchtlingen, deren tiefe Ehrfurcht vor Gott und Furcht vor dem Jenseits sie nostalgisch in Zeiten verlorener Macht schwelgen ließ. Wer nur wollte, durfte auch im gläubigen Muslim den wahren Konservativen erkennen und schätzen lernen. Schnittmengen sind schließlich zwischen den Religionsgemeinschaften hinsichtlich Sexual-

moral, Rollenbild und Werten nicht gering, bloß hat die katholische Kirche gemessen an der bei ihr organisierten Bevölkerung, den Zugriff auf lebensweltliche Orientierungen weitgehend eingebüßt.

Dass fremdenfeindliche Aktivitäten unmittelbar ab 2015 rasant zunahmen, blieb der breiten Öffentlichkeit weitgehend verborgen, indem sie aus der CDU ausgegliedert nunmehr nur noch wenig mediale Aufmerksamkeit genossen. Erst mit dem erneuten Auftritt der Figur Hohmann wird wieder zunehmend erkennbar, wie stark die Gemüter der schlichten Landbevölkerung durch „Fremde“ im Stadtbild überdehnt sind. Den ersten Erscheinungen mit dem Versuch in 2015, einen PEGIDA-Ableger in Fulda zu etablieren, stemmte man sich in einer selten erlebten Geschlossenheit noch entgegen. Sogar der Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld sprach auf einer lagerübergreifenden Lichterprozession gegen Fremdenfeindlichkeit, die PEGIDA tatsächlich wieder verstummen ließ. Später wird er von solchen Auftritten absehen, auch weil nicht alle in der CDU über dieses Engagement glücklich waren. Das Brodeln unter der Oberfläche blendete die mediale Bühne davon abgesehen weitgehend aus.

Man darf natürlich nicht davon ausgehen, dass sich organisierte Geschichtsrevisionisten und Antidemokraten, denen etwa Hohmann angehört, auch wenn sein Antisemitismus nicht nur völkische, sondern rassistische Merkmale trägt, und neonazistische Faschisten, wie sie bis in die 90er Jahre eine wahrnehmbare Basis in der Region bildeten, schlicht in Luft aufgelöst hätten. Im Gegenteil hatten sie den Stellungskrieg, geschwächt durch die Absetzung Hohmanns und von Angela Merkel in einem beispiellosen Akt der Parteihygiene, ideologisch herausgedrängt aus der CDU, nicht aufgegeben, sondern sich in eine Lauerstellung verschanzt.

Hohmanns Heimatgemeinde Neuhof bildet eine solche. Es ist klein genug, um die Aufmerksamkeit der Region lange zu unterlaufen und groß genug, um über die eigene Zivilgesellschaft Mannstärke zu entwickeln. Von der Kirchengemeinde, in der Hohmann selbst noch als AfD-Abgeordneter lange Mitglied des Pfarrgemeinderates war, bis zum Fußballverein findet man seine Gefolgschaft breit verankert. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte er hier knapp dreißig Prozent der Erststimmen, mehr als alle Be-

werber links der CDU gemeinsam und mit deren zwar an Charisma armem, doch betont konservativem Kandidaten Brand praktisch auf Augenhöhe. Die Freiwillige Feuerwehr in Neuhof war gezwungen, auf Druck ihres übergeordneten Verbandes, einen Jugendwart absetzen, der sich offen rechtsradikal betätigt hatte. Ein Jugendfußballtrainer war Regionalleiter der hessischen Identitären Bewegung, einer völkisch-rassistischen Hipstergruppe, zwar vom Verfassungsschutz überwacht, doch von Hohmann ausdrücklich geschätzt und öffentlich gewürdigt. In und um Neuhof formieren sich weiterhin Kader der NPD und der neonazistischen Kleinstpartei Der Dritte Weg, deren Auftreten an die SA-Truppen erinnern soll. Von Neuhof aus geben sie konzertiert den Stellungskrieg auf, drängen auf zahlreichen Wegen, oft unterminierend in sozialen Netzwerken, in die breitere Öffentlichkeit und feiern ersten zählbaren Erfolg im erneuten Bundestagsmandat Hohmanns, das nicht nur die Potentiale der Rechten erahnen lässt, sondern auch die CDU erschüttert, weil sie erstmals in ihrer Geschichte mit ernster Konkurrenz zu ringen hat.

Hohmann bildet einen Kristallisationskörper völkischer Sehnsüchte und den zentralen Netzwerkknoten im rechten Gefüge Osthessens. Die Liste dessen, was ihm zur Führungsfigur der Neuen Rechten eigentlich fehlen müsste, ist lang. Sein Redetalent gehört dazu. Es fällt nicht leicht, ihm angesichts seiner nach wenigen Silben stets pausierenden, militärisch zerhackten, Vortragsart, zu folgen. Selbst am Manuskript klebend galoppiert er nicht durch die eigene Version der deutschen Geschichte, die sich so grundsätzlich von der geläufigen unterscheidet, dass er sie spätestens im Wilhelminismus beginnen muss. Gerne schwelgt der Major der Reserve in Erzählungen von tugendhaften, noch von echter Loyalität und Treue zu Kaiser, Volk und Vaterland bewegten preußischen Offizieren. Seine Augen beginnen zu funkeln, sollten die Anekdoten Pistolenduelle enthalten. Dann füllt sich seine Stimme mit Pathos, er löst sich etwas vom Redemanuskript. Vom militärischen Nachkriegskonzept der Inneren Führung, das Soldaten zuerst an ihr Gewissen und die Verfassung bindet und ihnen drittens erst Loyalität abverlangt, hat der Offizier zeitlebens nichts gehalten. In nahezu jeder seiner dokumentierten Reden vor einschlägigem Publikum, also alten Ewiggestrigen, aber

auch jungen, halstätowierten Kerls, arbeitet er sich obsessiv am bundesrepublikanischen Narrativ ab. Sein Deutschland ist eindeutig Opfer des vergangenen Jahrhunderts. Zum Ausgangspunkt des Ersten Weltkrieges gedeiht ihm vorgeblicher Neid der Briten auf das wirtschaftlich aufstrebende Kaiserreich. Er lehnt sich nahezu wörtlich an die Ansprache Wilhelms II. zur Mobilmachung an und betont wiederholt den „Neid. Neid. Neid.“. Was er vom Versailler Frieden, der ganzen ersten Republik auch hält, liegt auf der Hand. Seine Lesart der Bewegung, die diesen schließlich beseitigte, enthält er uns hingegen vor, bzw. codiert sie in der Einordnung Jahrhunderte, die genau 12 Jahre ausblendet. Eine bis heute andauernde Parallele zum Versailler Frieden erkennt er in der Nachkriegsepoche des Zweiten Weltkrieges. Die kollektive Schuldbewältigung an Holocaust und Vernichtungskrieg nimmt darin die Last der Reparationen ein und bindet nationales Selbstbewusstsein der Deutschen, ein offenbar versiegter Born urwüchsiger Kräfte und des Seelenheils der großen Nation. Dort beginnt vermutlich die Projektion, durch die er Juden letztlich für den Niedergang deutscher Entfaltungsmacht in der Volksgemeinschaft verantwortlich macht. Die Singularität der Shoah ist der Stachel im Fleische seiner Erzählung, der um jeden Preis gezogen werden muss, um Kohärenz zu erzeugen. Doch er belässt es nicht bei der einfachen Projektion, sondern fundiert seine Beispiele rassistisch, zieht christlich Assimilierte und erklärte Atheisten für seine Aufzählungen vorgeblicher jüdischer Menschheitsverbrecher heran, die so gar nichts mehr Jüdisches an sich haben, abgesehen von den Genen. Daneben verweist er auf eine Jüdin, die das Dritte Reich in Neuhof überlebt habe. Von den mindestens 32 Neuhofener Juden, die deportiert und allesamt ermordet wurden, in Auschwitz, Belzec, Estland, Theresienstadt, schweigt er. Hohmann zieht alle Register, um die deutsche Schuld zu relativieren, zu relativieren die Schuld des millionenfachen industriellen Mordens von Alten und Jungen, Männern, Frauen und Kindern, des Quälens in KZs durch Wärter und Ärzte, des Brandschatzens, Vergewaltigens, Vertreibens, Zwingens Wehrloser durch schneidige uniformierte und zivile Deutsche. Wie beiläufig erwähnt er, der Brite habe als Kolonialmacht das KZ erfunden. Er feiert Franco A., den rechtsradikalen Soldaten, der sich als Asylbewerber registriert und Leistungen empfangen hatte, der Waffen gehortet

hatte und zudem unter Terrorverdacht steht, als Aufklärer, schüttet im Wahlkampf Berge von Schmutz über Angela Merkel aus, Anschuldigungen, die so niederträchtig und absurd sind, dass jeder Funke Restanstand einem die Schamesröte ins Gesicht treiben muss. Nichts von dem, was er öffentlich verlauten lässt, dürfte strafbar sein. Nichtsdestoweniger ist es so krude, rückwärtsgewandt und zu häufig nicht bloß gebeugt, sondern faktisch grundfalsch, dass es in einer modernen bürgerlichen Partei wie der CDU zurecht keinen Platz mehr findet.

Hohmann verfängt in unterschiedlichen Milieus. Während er sich einer stabilen Basis rechtskonservativer Nationalisten und auch Neonazis im Südkreis um Neuhof erfreuen darf, setzen erzkonservative Katholiken ihre Hoffnungen auf einen Biedermann, den sie noch von ihrer CDU her kennen. Die Partei, aus der er unter internationalem Interesse geflogen ist, dient ihnen dann als Ausweis seiner Integrität, als Bestätigung, es könne sich wohl kaum um einen Extremisten handeln, der bestrebt ist, die Republik gleich ganz zu beseitigen.

„Ich selbst war 15 Jahre lang CDU-Bürgermeister von Neuhof und zwei Wahlperioden CDU-Bundestagsmitglied. Ich bin derselbe geblieben, ich habe meine Einstellung nie geändert. Die CDU aber ist unter Merkel „entkernt“ und weit nach links geschoben worden.“, so Hohmann. Beschäftigt man sich mit seiner Arbeit, als er noch CDU-Mitglied war, kann man ihm in seiner Einschätzung, sich treu geblieben zu sein, nur beipflichten.

Die rechtspopulistische Erzählung einer unter Merkel nach links gerückten CDU bestätigt sich hier insoweit, als Merkel tatsächlich die Ära der CDU beendete, in der für Altnazis, Geschichtsrevisionisten und Demokratiefeinde noch Plätze auf, wenn zuletzt auch hinteren, Parlamentsbänken warmgehalten wurden. Mit Merkel wird die Großteils aus nationalistischen akademischen Männerbünden gespeiste CDU einem schrittweisen Reinigungsprozess unterzogen und schließlich als Ganzes mit Geschichte und Verfassung versöhnt; ein für die CDU im Rahmen der notwendigen Modernisierung unausweichlicher Prozess, der Hydra den einen Kopf rechts außen abzuschlagen, woraus dann zwei neue in Form von AfD und PEGIDA wachsen, die aber zumindest die eigene Bilanz nicht mehr belasten.

Hohmann durfte spätestens seit seinem erneuten Einzug in den Bundestag vor der breiten Öffentlichkeit, der seine geschichtsphilosophischen Vorträge zu müßig sind, wieder unkommentiert als christlicher Biedermann auftreten. In der Fuldaer Zeitung war er eingeladen, als „Ihr Abgeordneter in Berlin“ halbseitige, empathiestrotzende und christlich-moralinsaure menschenrechtspolitische Kolumnen über die angespannte Lage in Birma zu verfassen, oder wurde zum 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts befragt, mit dem ihn aber im Gegensatz zu SPD und Grünen, die sich nicht äußern durften, keine Traditionslinie verbindet. Selbstverständlich würdigte er das Frauenwahlrecht, der er schließlich angetreten ist, dieses gegen den Islam zu verteidigen.

Da der Diskurs auch dank unermesslicher Schützenhilfe der Lokalmedien, zunehmend belastet ist, wächst zumindest das Engagement gegen rechts. Mit der AfD formiert sich auch ein bürgerlich-demokratisches Bündnis, zu Beginn sogar unterstützt vom Oberbürgermeister.

Zur Generalmobilmachung der Rechten gehört es, dieses Bündnis und seine Vertreter aufs Visier zu nehmen und sie mit Einschüchterungsversuchen bis hin zu schierem Terror, zu überziehen. Anfang 2017 bereits war der Psychoterror eskaliert. Andreas Goerke, der selbst einen wechselhaften politischen Werdegang hinter sich hat, vom rechtsradikalen Hooligan in der Jugend über die DKP bis zur SPD heute, ist Vorsitzender des Vereins „Fulda stellt sich quer gegen Rassismus“. Seine Familie war es bereits gewohnt, dass ihnen Wagenladungen voller Speisen geliefert werden, die sie nie bestellt hatten. An einem Tag erhielten sie acht Bestellungen im Wert von jeweils 150-200€, auch 500 Bücher seien ihm einmal geliefert worden, man hatte in seinem Namen eine Parteimitgliedschaft bei der NPD beantragt. Im Februar dann fuhr überraschenderweise die gesamte Feuerwehr, etliche Löschzüge auch aus den Randgemeinden, mit riesigem Getöse aufgrund einer anonymen Brandmeldung vor dem Familiendomizil auf. Die Familie erhielt in der Folge Morddrohungen. Sein Sohn bekomme auf offener Straße „ein Messer in den Hals“. Schließlich musste Goerke erleben, wie ein Einsatzkommando der Polizei sein Haus mit vorgehaltener Waffe stürmt. Jemand hatte sich beim Notruf für ihn ausgegeben und geschildert, wie er soeben seine Frau getötet habe.

Das damalige AfD-Mitglied Toni Reinhard ist für den falschen Notruf inzwischen rechtskräftig verurteilt. Er war auch Vorstandsmitglied der Jungen Alternative Hessen.

Mittlerweile laufen vermehrt an einschlägigen Symbolen erkennbare Neonazis Patrouillen in der Stadt. Sie haben ihre Kneipen in der Innenstadt und eine beliebte Speisegaststätte mit Hotel in Neuhof übernommen. Mal schießen sie Fotos vor Flüchtlingseinrichtungen oder lesen schwarmartig Klingelschilder nach den Namen antifaschistischer Aktivisten ab, es kommt zu körperlichen Übergriffen. Andreas Goerke ist weiterhin Vorsitzender des Vereins Fulda stellt sich quer, andere mögen angesichts der Bedrohung stillschweigend aufgegeben haben.

In der Bevölkerungsmehrheit kippt die Stimmung endgültig im Mai 2018. Ein 19-jähriger afghanischer Flüchtling hatte frühmorgens vor einer Bäckerei randaliert, wohl auch einen Lieferfahrer verletzt. Die eingetroffene Polizei kann ihn nicht bändigen. Zügig sind mehrere Streifenwagen in der Nachbarschaft des Polizeipräsidiums am Geschehen. Es soll zu einer Rangelei gekommen sein, während derer der junge Mann einem Polizisten den Schlagstock habe entwenden können. Er habe den Polizisten damit verletzt. Sicher ist: Einer der Beamten schießt in einigen hundert Metern Entfernung vom ursprünglichen Einsatzort schließlich zwölfmal mit seiner Dienstwaffe, trifft den Jugendlichen mehrfach tödlich. Es stellen sich Fragen.

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt, Abdulkerim Demir, wagt es, die Verhältnismäßigkeit des Waffengebrauchs durch die Polizei infrage zu stellen, war der 1,58m kleine, zierliche Jugendliche Matiullah doch zunächst unbewaffnet und sah sich auch mit Schlagstock mindestens vier gestandenen Polizeikräften gegenüber, muss überdies bereits auf der Flucht gewesen sein. Sofort rollt die inzwischen starke Meinungsmaschine der AfD an, insistiert auf Solidarität mit den Polizisten, verurteilt Demir, organisiert einen undurchdringlichen Diskurs von rechts. Eine von Aktivisten zum Umfeld der AfD gerechnete regionale Nachrichtenseite titelt, der Junge habe erschossen werden müssen, eine sonst nur von Fällen tollwütiger Tiere bekannte Formulierung. Die Stimmung in der Bevölkerung ist innerhalb weniger Tage

so eindeutig vergiftet, dass auch Oberbürgermeister und Landrat sich bald zu Pauschalsolidarisierungen mit der Ordnungsmacht gezwungen sehen, Demir sogar direkt angreifen. Der Ausländerbeirat leitet ein Sprachprojekt für Flüchtlinge, ist abhängig von öffentlicher Finanzierung. Man droht ihm ganz unverhohlen über die Zeitung, die Finanzierung seines Projekts auf den Prüfstand zu stellen. Ein Jahr später, Demir hat sich zurückgenommen, ohne zu Kreuze zu kriechen, wird bekannt, dass Landrat, OB und MdB tatsächlich gemeinsam einen Brief an das Bundesamt für Migration geschrieben haben, in dem sie zur Überprüfung der Finanzierung von Demirs Projekt aufgrund von Zweifeln an der Verfassungstreue des SPD-Mannes raten.

Die Homogenität des Diskurses wird gewaltsam wiederhergestellt, es ist nur ein nun ganz anderer. Parallel sehen sich immer breitere Teile der Normalbevölkerung in Kommentaren zum Geschehen berufen, die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung ganz hinter sich zu lassen. Undankbar sei ein randalierender Flüchtling wie so viele. „Einer weniger!“, „Alles richtig gemacht!“ habe der Polizist. Ein lokal prominenter Arzt mit eigener Privatklinik und Oben-ohne-Bar stimmt kräftig in den Tenor ein. Eine den Umständen des Geschehens angemessene kritische Berichterstattung über den Fall ist in Lokalmedien nicht zu finden. Sie kommt aus Frankfurt, Hamburg und Berlin. Inzwischen hat das LKA der Fuldaer Staatsanwaltschaft seinen Untersuchungsbericht vorgelegt. Das Verfahren gegen den Polizisten, der eine Woche nach dem Vorfall bereits wieder Dienst verrichtete, ist eingestellt. Die Hetzer in den sozialen Medien, beim Bäcker und am Stammtisch, der Arzt, die AfD haben Recht behalten. Der Polizist hat demnach alles richtig gemacht, als er annähernd ein Magazin Kugeln nach dem flüchtenden Randalierer abgab. Zwar taucht ein knappes Jahr nach dem Tod des Jungen ein Handyvideo der Minuten vor den Schüssen auf, aufgenommen von einem Polizeianwärter aus einem stehenden Auto, werden die Ermittlungen wieder aufgenommen, dies sei ein „formaler Akt“ lässt die Staatsanwaltschaft jedoch wissen. Bald werden sie wieder eingestellt. Ein weiteres Mal werden aufgrund veröffentlichter Erkenntnisse zum Tatgeschehen die Ermittlungen wieder aufgenommen. Es dauert nicht lange und sie werden wiederholt eingestellt.

Fulda hat den Nimbus der weltoffenen Stadt nun hinter sich gelassen. Die CDU versucht durch Rechtsschwenks wieder Ordnung ins politische Gefüge zu bringen und scheitert abermals. Bei der Landtagswahl im vergangenen Herbst kommt man noch auf rund 30% der Zweitstimmen, die Grünen profitieren, vor allem aber die AfD. Hohmann, Neonazis, aber auch die fremden- und jetzt endlich auch rechtsstaatsfeindliche Grundstimmung, nach der jeder Deutsche im Recht sein muss, geht es nur gegen einen Ausländer, sind jetzt breiter über die ganze Spannweite der Bevölkerung befestigt, denn je.

Das bereits aufgrund vorangegangener Umbrüche gespannte Pendel musste enorm nach links ausschlagen, um eine Willkommenskultur in Fulda hervorzubringen. Es schlägt jetzt zurück. Die Uhr, an der das ideale Pendel schwingt, steht in Fulda jedoch schon immer schief, um etliche Grad deutlich nach rechts geneigt. Um überhaupt die Sechsuhr-Stellung erreichen zu können und sich damit einer diskursiven Normalisierung im westdeutschen Maßstab anzunähern, bedurfte es eines Gewaltaktes. Der Gegenschlag nach rechts hat nun die Wucht eines Vorschlaghammers.

### III.

Das Bild vom Pendel übersieht freilich, dass geschichtliche Entwicklung nicht mit Gewissheit einer mathematischen Funktion folgt. Herrn Hohmann dürfte es sogar gefallen, spiegelt sich darin in etwa die Geschichtsphilosophie Oswald Spenglers. Geschichte wird aber von Menschen gemacht, und zwar nicht bloß den alles überstrahlenden Männern, über die wir im Geschichtsunterricht Eckdaten lernen, sondern allen, die mit ihrem Leben an sie gebunden sind. Mancher mag ein größeres Gewicht in diesen Prozessen haben, als ein anderer. Doch können Menschen sich entscheiden, wirksamer zu werden. Ob sie das tun, wird sich an ihrer Erfahrungswelt entscheiden. Im Fuldaer Bollwerk des Paternalismus ist in der Breite wenig des demokratischen Bewusstseins vorhanden, das zu solchen Entscheidungen befähigt, die eigene Ohnmacht zu überwinden und kritisch mit der Macht umzugehen. Im Gegenteil führt die jahrzehntelang befestigte Herrschaft zu einer Verwechslung des demokratischen Rechtsstaats mit seinen Exekutivorganen.

Um noch einmal deutlicher an die Postdemokratie-Debatte anzuschließen: In Fulda existieren alle Institutionen des Rechtsstaates: Wahlgremien, eine Ordnungsmacht, die sich formal in getrennte Instanzen gliedert, Öffentlichkeit auch insofern die Informationsgesellschaft nicht mehr zwingend auf die eine Zeitung angewiesen ist, die mit Lobbyisten und einer rechten Agenda kollaboriert.

Die zu erwartenden Widerstände bei jeder Regung kritischen Bewusstseins sind für den Einzelnen jedoch noch immer zu massiv. Wer seinen Frieden mit der konservativen Herrschaft nicht besiegelt, hat auch gegenwärtig noch ernsthafte Benachteiligungen auf allen sozialen Ebenen zu befürchten. Für die Rechte, in Fulda sind das nicht die bürgerlich-konservativen Law-and-Order Politiker, wie wir sie aus Talkshows kennen, sondern Antidemokraten, Geschichtsrevisionisten, Antisemiten, galt das nie.

Die Rechte, gefühlt im permanenten Kriegszustand, steht auch nicht vor dem Problem der demokratischen Selbstorganisation, der Verhandlung über verbindende Werte. Sie muss im Kontrast zu Demokraten keine Welt aus sich heraus erschaffen, sie ergibt sich in einen überhistorischen Sinn. Der Rechtsextremismus übernimmt insofern auch Räume, die von einer Kirche besetzt waren, die ihre spirituelle Bedeutung verliert und zum ökonomischen Faktor degradiert.

Die spirituell eingefasste Bevölkerung Fuldas war 1933 noch vergleichsweise Resistent gegen den Nationalsozialismus. Als die NSDAP in heute gesellschaftspolitisch äußerst liberalen Regionen längst die absolute Mehrheit innehatte, gewann in Fulda mit Abstand die katholische Zentrumspartei. Was aber, wenn die spirituelle Bindung als Ursprung des christlichen Universalismus oder wenigstens als Ursprung der Mäßigung verloren geht? Wenn der Konservatismus gar keiner mehr ist, sondern von niedersten Instinkten bis hin zum Hass verdrängt wird?

**Lukas Larbig**

## Die Wehrsportgruppe Fulda

Für viele Fernsehzuschauer\*innen überraschend war am 14. August 1993 um 20 Uhr in der Tageschau der Fuldaer Dom mit einer Gruppe von Neonazis davor eingeblendet. Sie hatten den sogenannten Rudolf-Heß-Gedenktag auf den Fuldaer Domplatz verlegt. Er sollte an den Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf-Heß erinnern, der am 17. August 1987 im Kriegsverbrechergefängnis von Spandau Selbstmord verübte. Schnell wurde er von Alt- und Jungnazis zum deutschen Helden ausgerufen, der bis zu seinem Lebensende Nationalsozialist geblieben war. Zunächst wurde das Hess-Grab im bayerischen Wunsiedel zum rechten Aufmarschgebiet. Nach Protesten von Antifaschist\*innen im In- und Ausland wurde der rechte Aufmarsch ab 1990 in Wunsiedel verboten. Die rechte Szene bemühte sich um Ersatzorte und demonstrierte 1991 in Bayreuth, 1992 im thüringischen Rudolstadt und 1993 in Fulda. Die Bilder vom heute noch immer aktiven Nazikader Thorsten Heise im freundlichen Gespräch mit einem Fuldaer Polizisten sorgten für Aufsehen. Der heutige Höcke-Nachbar und NPD-Funktionär Heise war 1993 in der neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP) aktiv, die 1995 nach Vereinsrecht vom Bundesinnenministerium verboten wurde. Die 1979 gegründete FAP wurde ab 1983 zum Auffangbecken der damals verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivist\*innen von Michael Kühnen, die mit einer frühen Version eines postmodernen Neonazismus mit provokativen Aktionsformen für mediale Aufmerksamkeit sorgten. Die Nationalen Aktivist\*innen wurden von dem Fuldaer Neonazi Thomas Brehl gegründet. Der 2010 verstorbene Brehl war über viele Jahre einer der umtriebigen Neonazis in Fulda und hatte sogar schon als Jugendlicher gute Kontakte zur Wikingjugend. Er war enger Freund von Kühnen sowie rechten Funktionären im In- und Ausland. Daher waren Kenner\*innen der rechten Szene - anders als die Stadtverwaltung und die Fuldaer Zeitung - längst nicht so überrascht, dass der Rudolf-Heß-Marsch 1993 nach Fulda verlegt wurde.

### Dyba und die Act-Up-Proteste

Auch waren sie keinesfalls empört, dass der angeblich barocke Domplatz von den Neonazis bean-

sprucht wurde. Schließlich waltete damals mit Johannes Dyba ein rechtskatholischer Fundamentalist im Bischofsamt, der in den letzten 10 Jahren seines Lebens auch als Militärbischof der Bundeswehr fungierte. Über Homosexualität und Schwule äußerte er: „Das sind wie andere eben widernatürliche Anlagen, die kann man nicht ausleben“. Die Lebenspartnerschaft Homosexueller war für Dyba „ein weiterer fataler Schritt in die Degenration“. Aids war für den katholischen Fundamentalisten dann die „Strafe für den Abfall von Gott“. Diese schwulenfeindliche Positionierung des Fuldaer Bischofs sorgte bundesweit für Proteste. Am 29. September 1991 organisierte die Schwulenselbstorganisation Act Up eine Protestaktion am Abschluss der Herbsttagung der Deutschen Bischofskonferenz. In der Nürnberger Schwulenpost heißt es: „Mitten während des Gottesdienstes erklingen plötzlich statt süßer Orgelklänge schrille Trillerpfeifen. Transparente mitten im Kirchenraum. Vor dem Altar liegen Aids-Aktivist\*innen auf dem Boden, ein Die-in.“ Ursprünglich hatte Act Up vor dem Dom eine Kundgebung abhalten wollen, was ihnen aber verboten wurde. Die Aktivist\*innen schreiben, dass sie von Dyba dazu gedrängt wurden. Anders als die Neonazis zwei Jahre später, bekamen Schwulenaktivist\*innen 1991 keine Genehmigung, um gegen einen Bischof zu protestieren, der sie beständig diffamierte und beschimpfte. Eugen Januschke und Ulrike Klöppel bezeichnete die Aktion im Fuldaer Dom als „die wohl spektakulärste Aktion der deutschen Act Up-Gruppen. Auf Plakaten dazu war der Fuldaer Dom zu sehen und die Parole „Stoppt die Kirche“. Dyba sprach von „hergelaufenen Schwulen“ und „randalierenden Aids-Positiven“. Dafür wurde er von Teilnehmer\*innen der Proteste wegen übler Nachrede und Beleidigung angezeigt. Mit vielen seiner treuen Gemeindemitglieder war Dyba sich einig, dass die Act Up-Aktivist\*innen schlimmer als die Nazis seien. Dieser Vorwurf bekamen schon AKW-Gegner\*innen zu hören, die nach der Räumung des Bauplatzes für den atomaren Atommüll Gorleben in Niedersachsen in Fulda für einige Stunden eine Kirche besetzten. Damals war bis weit in die Mitte der Fuldaer Stadtgesellschaft die Überzeugung virulent, dass Linke schlimmer waren als alte und neue Nazis. Daher fand Wehrsportgruppenchef Thomas Brehl am christlichen Fulda auch wenig auszusetzen.

In seiner Biographie, die unter dem Titel „Bewegte Zeiten - Die Lebenserinnerungen von Thomas Brehl“ herausgegeben wurden, schrieb er gleich zu Beginn, wie sehr ihn das politische Klima seiner Heimatstadt geprägt hat.

„Am 1. Januar 1957 wurde ich im hessischen Fulda geboren und obwohl meine Eltern beide nicht sonderlich religiös waren, prägte mich die erzkatholische Atmosphäre dieser Bastion der Christianisierung germanischen Kernlandes von Kindes Beinen an. Die Kirche war zu dieser Zeit in Fulda allgegenwärtig, die CDU im Besitz der absoluten Mehrheit“, benannte er dort einige politische Koordinaten, gegen die die wenigen Linken in der Domstadt in den 1980er Jahren aus einer Position der absoluten Minderheit ankämpften. Das Tolerieren faschistischer Aktivitäten durch die rechts-konservativen Verantwortlichen in Fulda hat Tradition.

## Die Naziopas vom Uniplatz

Das wurde im März 2019 auch bundesweit deutlich. „NPD erbt 750000 Euro“ Ein großer Teil dieses Erbes kam von Rainer Mellin aus Fulda. Obwohl Linke aus Osthessen diesen Mann kannten und über seine engen Kontakte in das rechte Milieu wussten, gibt es kaum Informationen über ihn. Erst durch sein großes Erbe an die NPD wurde Mellins Name im Zusammenhang mit der Naziszene bundesweit öffentlich, wie beispielsweise im erwähnten Spiegel-Artikel. Zeit seines Lebens war Mellin Teil des Fuldaer Mittelstands mit guten Kontakten zu Wirtschaftskreisen und auch zur Politik in der Stadt. Seine rechte Gesinnung war dabei kein Makel und damit war er keine Ausnahme.

Ein angesagter Reformhausbesitzer, der im Zentrum von Fulda einen großen Laden hatte, warb für die Deutsche Nationalzeitung (DNZ). Dieses offen antisemitische, das NS-Regime verharmlosende Blatt wurde in den frühen 1980er Jahren auch demonstrativ von einigen Rentnern am Fuldaer Universitätsplatz gelesen. Wenn es dort mal Informationsstände von linken Gruppen gab, was gelegentlich vorkam, taten sich diese Rentner als rechte Pöbler hervor. Selbst Mitglieder von Amnesty International wurden von ihnen beschimpft und ins Arbeitshaus gewünscht. Diese drei Naziopas, wie sie bald bei

Fuldaer Linken hießen, taten sich beim Wahlkampfauftritt des damaligen Kanzlerkandidaten der Union Franz Josef Strauß 1980 im Fuldaer Schlossgarten nicht nur durch rechte Beschimpfungen, sondern auch durch Tritte und Schläge gegen die meist jungen Menschen hervor, die es wagten, gegen den Strauß-Auftritt in Fulda zu protestieren. Die rechten Senioren waren damals nicht nur in freundschaftlichen Gespräch mit führenden Fuldaer CDU-Politikern zu sehen, sie trugen auch eine Ordnerbinde der CDU. Diese Toleranz genossen noch in den frühen 1980er Jahren nicht nur damals lebende Altnazis. Auch Hitler war 1982 noch Ehrenbürger in Fulda. Damals hatte die CDU in der Stadt noch eine große absolute Mehrheit, die sie auch dem CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger verdankte, der von 1956 – 1970 Oberbürgermeister von Fulda war. Seine politischen Nachfolger erklärten 1982, es sei nicht notwendig, Hitler die Ehrenbürgerschaft der Stadt abzuerkennen, denn der sei schon lange tot und sein Name sei mit Bleistift und Lineal im Buch der Ehrenbürger durchgestrichen worden.

## Durch antisemitischen Terror aus Fulda vertrieben

Der Geist von Hitler war auch in Fulda und Umgebung noch lange nicht tot.

So war ein in Fulda lebender Jude seit 1975 immer wieder mit antisemitischen Drohungen konfrontiert. In seinem Briefkasten fand er in Abständen antisemitische Schmähungen und Morddrohungen, die mit NSDAP-Fulda unterschrieben waren. Nachdem die Polizei von „Dummejungenstreichen“ sprach und die Staatsanwaltschaft die Urheber des antisemitischen Terrors nicht ermitteln konnte oder wollte, emigrierte der betroffene Jude 1980 von Fulda nach Israel. 1981 wurden auf den Fuldaer Jugendfriedhof 10 Grabsteine umgeworfen und mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen bemalt. Der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Hamberger fand diesen antisemitischen Zerstörungsakt, den er nicht als solchen bezeichnen wollte, „höchst bedauerlich“, warnte aber vor einer Dramatisierung. „Über den ganzen Vorgang hätte ich am liebsten geschwiegen, denn Publizität ist, was derart verirrte Täter suchen und brauchen“, erklärte Hamberger gegenüber der Fuldaer Zeitung (FZ). Die rechtskonservative Lokalzeitung hatte in Osthessen das Medienmonopol

und übte sich weitgehend im Verschweigen von Neonaziaktivitäten. Nur manchmal musste sie doch berichten, dass Neonazis eine türkische Familie in Eiterfeld zusammenschlugen, wie einem kurzen Bericht in der FZ vom 25.2.1982 zu entnehmen ist.

Geschwiegen hat die lokale Monopolzeitung FZ auch weitgehend über das Treiben der 1994 vom Bundesinnenministerium nach dem Vereinsgesetz verbotenen völkisch-nationalistischen Wiking Jugend (WJ). Genehmigt vom CDU-Landrat Kramer veranstaltete die WJ immer zu Silvester ein sogenanntes Mahnfeuer an der damaligen DDR-Grenze im Landkreis Fulda bei Hilders. Lange Zeit interessierte sich dafür niemand. Schließlich gehörten die Söhne einer damals in Fulda bekannten Heilpraktikerfamilie zur Wiking Jugend. Erst die ab 1979 einsetzenden antifaschistischen Proteste zwangen Kramer nach 18 Jahren erstmals zum Verbot des Wiking Jugend Treffens, nicht ohne die Antifaschist\*innen zu diffamieren.

## **Nazizelle beim Bundesgrenzschutz**

Die Fuldaer Zeitung informierte auch nicht darüber, dass seit Ende der 1970er Jahre in Fulda neonazistische Strukturen mit bundesweiten und internationalen Kontakten existierten. Es gab regelmäßige Koordinationen zwischen Michael Kühnen von der ANS/NA, Arndt-Heinz Marx von einer Hanauer Neonazigruppe und Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Fulda“, einer aus zirka 20 Männern bestehenden Gruppierung. Neben Hanau und Hamburg wurde Fulda zu einem der Schwerpunkte neonazistischer Aktivitäten. Der Führer der Wehrsportgruppe Thomas Brehl wurde Kühnens Stellvertreter in der ANS/NA, in die er die NA einbrachte. In seinen Lebenserinnerungen schreibt Brehl über die Jahre vor der Gründung der Wehrsportgruppe: „Noch während meiner Zeit beim BGS hatte ich mit einigen anderen Kameraden eine kleine NS-Zelle ins Leben gerufen. Der gehörten neben mir noch zwei weitere BGS-Angehörige, sowie ein Bereitschaftspolizist an, dazu kamen noch ein Arbeiter, ein Schüler und ein Kneipenbesitzer. In unregelmäßigen Abständen trafen wir uns uniformiert (keine BGS-Uniform) in der mit Plakaten und Hakenkreuzfahnen geschmückten Privatwohnung von einem der weiteren BGS-Angehörigen in der Nähe von Fulda“. Am 12. März 1977 wurde der Nazitrupp

allerdings von Besucher\*innen einer Fuldaer Disko angegriffen, als sie in SA- und SS-Uniformen dort einmarschieren wollten. Brehl musste schließlich den BGS verlassen, weil er als Einziger festgenommen wurde. Die übrigen Nazis blieben unentdeckt im Dienst. Brehl machte aus seiner Gesinnung keinen Hehl. „Meine Partei war die NSDAP. Mein Führer Adolf Hitler“, schrieb er noch Jahrzehnte später. Das waren die Grundsätze der Wehrsportgruppe Fulda, die in ihrer Aufnahmeerklärung betonte, dass sie keine politischen Aktivitäten betreibe. Ein taktischer Schritt, wie Brehl beschrieb, der sich auch immer wieder über die freundliche Aufnahme in Teilen der Fuldaer Stadtgesellschaft ausließ. In einer Disco, in die die uniformierten Wehrsportler Einzug hielten, wurden sie vom Inhaber „als Gesinnungsgenossen am Tisch 13“ freundlich begrüßt. Bis auf milde Geldstrafen hatten die Neonazis in Fulda zunächst nichts zu befürchten und Brehl wunderte sich noch Jahre später, dass ihm nach einer Kontrolle trotz hohen Alkoholpegel der Führerschein nicht entzogen wurde. In der Lebenserinnerung wird auch deutlich, wie die militanten Neonazis mit den angeblich gewaltfreien Rechten von der Deutschen Volksunion, die sich nach Außen natürlich heftig distanzieren, intern kooperierten. Kontakte bestanden auch zu Veteranen der SS-Divisionen Leibstandarte und Hitler-Jugend, die sich regelmäßig in Bad Hersfeld trafen. Zudem agierte die Wehrsportgruppe in Fulda durchaus offen. So trat sie im September 1983 mit der „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR) zur Bundestagswahl an. Bundesvorsitzender wurde Thomas Brehl, der auch in Fulda kandidierte und 227 Stimmen bekam. Mit rassistischen Wahlplakaten sorgte sie für Schlagzeilen.

## **Hetzjagd auf Linke in Fulda**

Auch Straßenterror gegen Linke gehörte zur Praxis der Wehrsportgruppe Fulda. Brehl beschreibt, wie er mit seiner rechten Truppe 1982 in der Fuldaer Innenstadt Jagd auf Antifaschist\*innen machte.

„Als dann eines schönen Tages auf dem Bahnhofsvorplatz so ca. 200 Kameradinnen und Kameraden zusammengekommen waren, erspähten wir kleine Gruppen von Linken, die in der Bahnhofstraße Richtung Gegendemo unterwegs waren. ...Plötzlich und ohne Befehl war der Sturm losgebrochen. Ungefähr

150 der 200 Volkstreuern, darunter alle Wehrfähigen rannten plötzlich Richtung Bahnhofstraße, wo die Linken sofort die Nerven verloren und in alle Windrichtungen davonstoben. Die militärische Kleidung - einige Kameraden trugen sogar einen Stahlhelm - das Geschrei und die Tatsache daß unsere Leute von oben nach unten stürmten, taten das ihrige. ...Einige der völlig entnervten Roten wurden anschließend bis zum zwei Kilometer entfernten Busbahnhof gegenüber dem Stadtschloss gejagt, wo sie dann in irgendwelche Busse sprangen und es ihnen völlig egal war, wohin die fahren würden, „Hauptsache weg!“ war die Devise.

Eine solche Hetzjagd auf Linke löste damals in der Fuldaer Stadtgesellschaft keine großen Proteste aus. Schließlich gab es auch außerhalb der Neonaziszene genug Stimmen, in Fulda, die alles was links war, zum Feindbild erklärt hatten. Es ist Brehl selber, der deutlich macht, wie sehr diese mit dem herrschenden Fuldaer Konservatismus verbandelt sind.

Auch Veranstaltungen von Alfred Dregger besuchte Brehl mit seiner Wehrsportgruppe, aber nicht, um zu stören, wie der Neonazi betont. „Schon früher hatte ich gerne mit meinen Kameraden den Frühschoppen auf dem Fuldaer Schützen besucht, wo Alfred Dregger stets eine Rede hielt, die zumindest in teilen nach unserem Geschmack war. Auch er wettete gegen die Zonengrenze, schmähte den SPD-Vorsitzenden H.-J. Vogel, der spielte nämlich die Karte Moskaus und sagte dann auch schon mal so bei-läufig, er sei stolz darauf, bis zum letzten Tage mit der Waffe in der Hand gegen den Iwan gekämpft zu haben“. So zeigte Brehl seine Bewunderung für den CDU-Rechtsaußen.

**Peter Nowak**





## Tötung als Aufnahme-ritual – Der rechtsextreme Mord an Dorit Botts in Fulda

Bis heute wird die Tat, welche sich 2001 in der Fuldaer Florengasse ereignete, nicht als rechtsextremer Mord in der offiziellen Bundesstatistik aufgelistet. Eine Politisierung des Falls stieß bisher weder bei der regierenden Stadtpolitik, noch in der örtlichen Medienlandschaft auf sonderlich großes Interesse. Die Spuren des Täters führen hingegen in die Thüringer National-Socialist-Black-Metal Szene.

Dorit Botts dürfte am Morgen des 17.08.2001 nicht die geringste Vorahnung gehabt haben. Zwar handelt es sich bei genanntem Datum um ihren Geburtstag, dennoch ging die 54-Jährige wie gewohnt ihrer Beschäftigung in einem Laden für Militärkleidung und Zubehör in der Fuldaer Florengasse nach. Letzterer war eine Nebenfiliale, denn schon seit den 80ern vertrieb sie mit Unterstützung ihrer Familie im Schlüchtern Hauptgeschäft Equipment der US-Armee. Durch ihren Ehemann John O. Botts, einem Sergeant der US Marine, hatte sie direkten Zugang zu ausgemusterten Utensilien, welche sich besonders bei alternativen Jugendlichen in den 70er Jahren großer Beliebtheit erfreuten. Der Verkauf von Parkas und Boots florierete sogar so gut, dass die Eröffnung eines dritten Ladens im Raume stand. Als Frank R. den Laden betritt, hielt sie ihn wahrscheinlich für einen Neukunden. Der damals 19-Jährige traktiert ihren Oberkörper mit genau 13 Messerstichen. Im Anschluss schneidet er ihr die Kehle durch und flüchtet mit einigen erbeuteten Utensilien. Die Polizei greift ihn später auf dem Dach eines Fuldaer Parkhauses auf. Neben militärischen Kleidungsstücken und Schlafsäcken wird bei ihm Bargeld im Wert von 1000 DM gefunden. Das Tatmotiv ist für die Justiz schnell klar – Habgier.

### Black Metal und Thüringische Neonazis

Vieles spricht dafür, dass der aus dem thüringischen Sömmerda stammende Frank R. bis zum Zeitpunkt des Mordes in der rechtsextremen Metal-Band Barad Dûr spielte. In diesem Kontext kommt er auch in Kontakt mit Mitgliedern der Deutschen Heidnischen Front, welche ihn zu Rekrutierungszwecken auf-

suchen. Die Deutsche Heidnische Fron (DHF) wurde vom deutschen Neonazi und verurteilten Mörder Hendrik Möbus gegründet. Möbus gilt innerhalb Deutschlands als die Kultfigur der National-Socialist-Black-Metal-Szene (NSBM) schlechthin. Einem Musikgenre, welches dafür bekannt ist, neonazistische Ideologie und satanische Inhalte mit brachialem Metal zu verknüpfen. Waren Nihilismus und Misanthropie vorher bereits elementarer Bestandteil des Black-Metal-Subgenres, so verknüpften Charaktere wie Hendrik Möbus diese geschickt mit einem neuheidnischen und xenophoben Gedankengut. Besonders der Mord an seinem Mitschüler Sandro Beyer, den Möbus als angeblichen „Volksschädling“ mit drei weiteren Kameraden erdrosselte und anschließend begrub, bescherten ihm und seiner Band Absurd innerhalb der neonazistischen Musikszene Europas Bekanntheit und Anerkennung. Als sogenannter Satansmord von Sondershausen ging dieser in die Geschichte ein. Trotz seines Gefängnisaufenthalts dirigierte Möbus seine Band weiter und schaffte es, sich mit anderen Neonazis global zu vernetzen. Eines der Resultate davon ist die Deutsche Heidnische Front, deren AktivistInnen sich zum größten Teil aus Thüringen rekrutierten. Als ein Ableger der norwegischen Allgermanischen Heidnischen Front (gegründet von Varg Vikernes, ebenfalls verurteilter Mörder und Sänger der Band Burzum) verstand sich die „Deutsche Heidnische Front“ als völkische Bewegung, die nordische Mythologie mit Inhalten der NSDAP kombinierte. In diesem Umfeld sozialisiert, gründet sich 1995 die Band Barad Dûr, benannt nach der dunklen Festung Saurons in Tolkiens „Herr der Ringe“. In einem Interview macht die Band keinen Hehl aus ihrer neonazistischen Gesinnung und ihrer Begeisterung für Varg Vikernes: „Was soll ich sagen, man muß Varg einfach gekannt haben. Es ist bloß dumm, daß er für seine gerechten Taten in den Knast mußte. (21 Jahre -wegen Mord!) Man kann es schlecht beschreiben, aber eines ist klar, er ist musikalisch ein Gott für mich und man kann sagen, er ist ein neuer Führer. FREIHEIT FÜR VARG VIKERNES - FREE THE COUNT“. Barad Dûr versucht von der Musikrichtung entsprechend der Band von Vikernes Burzum nachzueifern, dem sogenannten Dark

Ambient - einer atmosphärischen und langsamen Spielart des Black Metals. Ihr zweites Album (1999) wird sogar nach einem Burzumlied betitelt: Dunkelheit. Produzent der Platte ist niemand geringeres als Wolf Möbus, der Bruder von Hendrik Möbus. So ist es nicht verwunderlich, dass zwei Musiker von Barad Dûr später auch Mitglieder von Absurd werden. Unter anderem Martin Göring aka. Thorns, der Schlagzeuger der Band.

## Treffpunkt der rechtsextremen Szene Deutschlands

Ein Bandkollege von Frank R. ist es schließlich, der ihn des Mordes als Aufnahme ritual für die DHF überzeugt: „Fahr nach Fulda und mach die Alte kalt“. Das hierfür erkorene Datum scheint dabei kein Zufall gewesen zu sein. Der 17. August ist der Todestag des „Führerstellvertreters“ Rudolph Hess. Am angrenzenden Wochenende sollte der jährlich stattfindende Marsch zu dessen Gedenken in Wunsiedel erfolgen. Bundesweit pilgerten deutsche Neonazis an jenem Datum ins Fichtelgebirge, Fulda galt aufgrund seiner mittigen Lage als bedeutende Mitfahrzentrale innerhalb der Naziszene. Einige Vermutungen legen daher nahe, dass Frank R. die erbeuteten Utensilien im Kontext des Marsches an einige KameradInnen verscherbeln wollte. Das wir heute auf diesem Kenntnisstand sind, ist nicht einer polizeilichen Arbeit in Anschluss an den Mord zu verdanken - erst als die Justiz drei Jahre nach seiner Verurteilung Frank R. als Zeugen vernahm, trat das eigentliche Tatmotiv ans Licht. Bis heute ist Dorit Botts nicht als Opfer eines rechtsextremistischen Mordanschlags anerkannt. Weder gab es in Fulda ein öffentliches Gedenken, noch einen ausgeschriebenen Gedenkort. Fuldas ehemaliger Oberbürgermeister Gerhard Möller sprach sich zwar direkt nach der Ermordung für eine Gedenkplakette aus, deren Umsetzung blieb aber folgenlos. Hatte im Jahr 2019 die Fraktion Die Linke.Offene Liste/Menschen für Fulda noch für ein ehrendes Gedenken in einem Antrag geworben, so wurde dies im Januar 2020 vom Ausschuss Schule, Kultur und Sport der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Eine Begründung für die Ablehnung wurde nicht bekannt.

## Dorit Botts und die Danzebrinkstraße

Solch ein Handeln mag nicht überraschen, glänzt die Fuldaer Stadtpolitik auch in anderen Fällen durch bewusste Inaktivität. Bestes Beispiel ist die Dr. Danzebrinkstraße am Fuldaer Aschenberg. Franz Danzebrink wurde 1930 zum Oberbürgermeister der Stadt gewählt, 1937 trat der vormalige Politiker der Zentrumsparterie in die NSDAP ein. Unter Danzebrinks Regentschaft fielen nicht nur die Programe der „Reichskristallnacht“, sondern auch die Deportation der Fuldaer JüdInnen. (Eine endgültige Umbenennung der Straße scheiterte unter anderem auch am Widerstand der AnwohnerInnen.) Eine vom Magistrat der Stadt eingesetzte Kommission zur Untersuchung von Danzebrinks Verstrickungen ins NS-Regime im Jahr 2016 konnte bisher mit keinem einheitlichen Ergebnis aufwarten. Das Vorhaben des Magistrats daraufhin eine historische Fakultät zur Untersuchung der Täterrolle Danzebrinks anzuwerben war bisher ergebnislos. Bereits im Jahre 2017 hatten Aktivisten laut einer polizeilichen Meldung das Straßenschild der Dr. Danzebrinkstraße beschmiert und einen Zettel mit Forderungen hinterlassen. Im letzten Jahre benannten Unbekannte die Danzebrinkstraße am 8. Mai in „Dorit Botts-Straße“ um, indem sie das Straßenschild überklebten. Auch in der Florengasse wurde in der Nähe des Tatorts eine Tafel zur Erinnerung an das Mordopfer platziert und darin die vollständige Entnazifizierung der Gesellschaft gefordert.

## Wie geht es weiter?

Zum Zeitpunkt des Mordes befand sich der Sohn von Dorit Botts, Rick Botts in der Schlüchternener Filiale des Outdoorladens. Für den Geburtstag seiner Mutter wollte er früher in den Feierabend gehen, die Familie hatte sich am selbigen Abend noch zum gemeinsamen Grillen verabredet. Als er zum Tatort gerufen wird ist ihm das Ausmaß des ganzen noch nicht bewusst. Auf die Frage hin, warum es ausgerechnet seine Mutter traf, kann er nur die Vermutung abgeben, dass es wohl am amerikanischen Familienhintergrund läge. Dies würde sich mit der nazistischen Ideologie des Mörders decken, wonach Dorit, die einen Amerikaner ehelichte, sich

dadurch des Volksverrats schuldig machte. US-Soldaten gelten für Rechtsextreme als Besatzer auf heimischen Boden. Rick Botts redet weiterhin von der Beliebtheit seiner Mutter. So war sie nicht nur im Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsverein, sondern auch überzeugte Karnevalistin. Als „Fürstin Dorit vom sonnigen Süden“ war sie gleich zweimal (1975/1989) Fürstin beim Fuldaer Karnevalsverein „Südend 1938 e.V.“. Bisweilen äußerte sich der Besitzer des Hauses in der Fuldaer Florengasse, in welchem sich der Outdoorladens der Botts befand, sehr wohlwollend zu einem Gedenkort. Er wäre bereit die Kosten für eine dortige Gedenkplakette selbst zu tragen.

**Alex Waldmann**

## Martin Hohmann und die (Ost-)Hessische CDU

Die hessische CDU galt in den Nachkriegsjahrzehnten im Vergleich mit anderen Landesverbänden als besonders weit rechts orientiert. Osthessen verortete sich dabei noch innerhalb dieses Bezugsrahmens rechts außen. Teilweise zogen Rechtskonservative aus anderen Landesteilen zu, um in diesem besonderen Echoraum Karriere zu machen. Zumindest gilt das für Alfred Dregger, einen der berühmtesten Rechtsaußen der Fuldaer CDU. Dregger war nicht nur Hauptmann der Wehrmacht, sondern ab 1940 bereits Mitglied der NSDAP gewesen. Später zog es den Westfalen laut eines Interviews mit seiner Frau, gezielt nach Fulda. Er vermutete dort eine tragfähige Basis für seine politischen Vorstellungen, begründete hier den sog. nationalkonservativen Flügel der CDU. Dregger wurde Oberbürgermeister von Fulda, war Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter, er übernahm den Vorsitz der hessischen CDU und schließlich auch den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag, den er bis 1991 hielt. Dabei vertrat Dregger stets offen Positionen, die sich am rechten Rand des Diskurses befanden und die heute zweifelsfrei als rechtsradikal zu gelten haben. So befand er etwa den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion nicht grundsätzlich für falsch, bloß strategisch falsch ausgerichtet, forderte im Kampf gegen Linksextremisten die Einrichtung bewaffneter Freischärlergruppen, „freigestellt von allen bürokratischen Hürden“, lehnte sich seit an seit mit erklärtermaßen Rechtsradikalen wie dem Verleger und DVU-Gründer Gerhard Frey gegen die Wehrmachtsausstellung auf usw. Er relativierte den Holocaust, indem er befand, die Vertreibung Deutscher aus den Ostgebieten sei eines der größten Menschheitsverbrechen, gleichrangig mit der Shoa. Dregger übergab 1998 das Bundestagsdirektmandat im Wahlkreis Fulda unmittelbar an seinen Nachfolger Martin Hohmann, nicht ohne diesen als einen im Denken würdigen Nachfolger zu adeln.

Um noch einige Schlaglichter auf die hessische CDU zu werfen, beschäftigen wir uns knapp mit wenigen Namen, die das Fehlen jeder Abgrenzung nach rechts in der Vergangenheit skizzieren:

Erika Steinbach war langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete für Frankfurt. Sie war bereits Kollegin Dreggers, später Hohmanns. Als menschenrechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion ist ihr

der heutige Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand direkt nachgefolgt. Steinbach ist mittlerweile Mitglied der AfD und Präsidentin der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung. Aktuell ist sie für ihre Rolle in den Hetzkampagnen gegen den, vom Rechtsterroristen Stefan Ernst ermordeten, Walter Lübcke und gegen die Homoehe besonders umstritten. Zu ihrer Zeit als CDU-Politikerin war sie wiederholt wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen, besonders zur sog. Danzig-Frage als Kriegsauslöser des Zweiten Weltkrieges, aufgefallen und kritisiert worden. Sie war gleichzeitig Präsidentin des Bundes der Vertriebenen.

Hans-Jürgen Irmer aus Wetzlar war bis zur Bundestagswahl 2021 Bundestagsabgeordneter der CDU. Zuvor war er langjähriges Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. Er unterhält bis heute mit dem Wetzlar Kurier ein eigenes, extrem auflagenstarkes Anzeigen- und Hetzblatt mit rechtskonservativer, fremden- und islamfeindlicher Ausrichtung und dubiosen Anzeigenkunden teils aus dem offen rechtsradikalen Milieu.

1998 organisierte die CDU eine Kampagne gegen die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern. Besonders die hessische CDU unter Spitzenkandidat und dann Ministerpräsident Roland Koch nutzte eine Unterschriftenkampagne zur geplanten Änderung im Staatsangehörigkeitsrecht im hessischen Landtagswahlkampf und erreichte damit eine ungeheure Zuspitzung des Wahlkampfes auf die „Ausländerfrage“. An den Wahlständen der CDU wurde dabei vom eigentlichen Inhalt der Petition im vollen Bewusstsein darüber, Fremdenfeindlichkeit zu schüren, weit abstrahiert. Die weit überwiegende Mehrzahl der Unterstützer unterschrieb die Petition als Ausdruck einer ausländerfeindlichen Haltung. Fragten Passanten an den Kampagnenständen, wo man gegen Ausländer unterschreiben könne, reichte man ihnen zustimmend eine Unterschriftenliste. Der damalige hessische Kultur- und Justizminister Christean Wagner vertrat ferner, Ausländer, die deutschenfeindliche Äußerungen tätigten („Scheiß Deutscher“ fungierte als Beispiel), seien umgehend abzuschicken. Für Langzeitarbeitslose und Suchtkranke sah der Justizminister als disziplinarische Maßnahme und zur Kontrolle angeblich weit ver-

breiteter Schwarzarbeit unter Langzeitarbeitslosen, eine elektronische Fußfessel vor, ruderte aber nach massiver Kritik sogar aus den eigenen Reihen zügig zurück, habe das auch so wie in einer schriftlichen Pressemitteilung formuliert „nie gemeint“. Christean Wagner, der mehrfach auf Burschenschaftsabenden rechtsradikaler Burschenschaften in Marburg über migrationspolitische Themen referierte, ist heute Mitglied des für die CDU unappetitlich rechtspopulistischen Zusammenschlusses Werte Union, der sich besonders in Fulda breiter Unterstützerschaft erfreut. Angebliche Deutschenfeindlichkeit war später auch eines der Hauptthemen der Wiesbadener Bundesfamilienministerin Christina Köhler. Ein Bündnis aus Roland Koch, Christean Wagner und der Kultusministerin Karin Wolff im Kabinett Koch, versuchte zu dieser Zeit ferner, die Schöpfungsgeschichte zum Gegenstand des Lehrplans Biologie zu machen.

Der 2018 verstorbene Heiner Hofsummer war eine weitere schillernde Figur des rechten Flügels der CDU und im osthessischen Bad Hersfeld beheimatet. Bereits während seiner CDU-Mitgliedschaft war er ein langjähriger Freund Martin Hohmanns und gleichzeitig Björn Höckes. Hofsummer, kurzzeitig CDU-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Bad Hersfeld, war in Hünfeld Direktor einer Haupt- und Realschule, bis er aufgrund rassistischer Äußerungen über Schüler zum Staatlichen Schulamt versetzt wurde. Im Unterricht, auf Schulveranstaltungen und auf Plakaten im Schulgebäude warb er zudem für eine in schwarz-rot-gold eingebundene Broschüre mit dem schlichten Titel „Deutschland“, die aus seiner Feder stammte und die er direkt aus seinem Büro als Schuldirektor vertrieb. Regelmäßig ließ er das Deutschlandlied von Schülern in allen drei Strophen am offenen Fenster absingen. Hofsummer wechselte zunächst sein Parteibuch zur Partei Rechtsstaatlicher Ordnung (Schill-Partei) des Hamburger Justizsenators Ronald Schill, deren hessischen Landesverband er gründete und später zur AfD. Dort trat er auch als Berater Höckes im Thüringer Landtag in Erscheinung. Hofsummer ist eine von zwei nachweisbaren frühen Verbindungen zwischen Hohmann und Höcke, die schon weit vor dem CDU-Ausschluss und der gemeinsamen Parteimitgliedschaft in der AfD, bestand. Die zweite ist Björn Höckes Vater, mit dem Martin Hohmann gut bekannt ist. Politisch, aber auch räumlich macht

diese Verbindung Sinn. Bornhagen, der Wohnort Höckes, liegt im Westen Thüringens an der hessischen Landesgrenze.

## Der Fall Hohmann

Die international beachtete Hohmann-Affäre wurde durch eine als antisemitisch kritisierte Rede Martin Hohmanns anlässlich des Tages der Deutschen Einheit 2003 in seiner Heimatgemeinde Neuhoof, ausgelöst. Hohmann war zum Zeitpunkt der Rede noch CDU-Bundestagsabgeordneter. Obgleich sein Auditorium mehr als 100 Menschen, darunter zahlreiche CDU-Mitglieder, umfasst haben soll, regte sich daraufhin zunächst keine Kritik. Tatsächlich war das auch nicht zu erwarten. Seine geschichtsphilosophischen Thesen, historischen Ansichten und geschichtspolitischen Forderungen sind hinreichend bekannt und werden von einem großen Teil der örtlichen Bevölkerung geteilt. Er hat sie auch nicht neu eingebracht, sondern vielmehr geerbt. Es sind die aus der Kränkung des deutschnationalen Geistes hervorgegangenen Positionen einer sog. Neuen Rechten von damals. Erst nach einer schriftlichen Veröffentlichung des Redemanuskripts Wochen später regte sich Kritik. Schließlich weitete sich die Hohmann-Affäre bis in die internationale Presse aus. Die Unions-Fraktionsvorsitzende Angela Merkel veranlasste sodann Hohmanns Ausschluss aus der Bundestagsfraktion, ein Parteiausschlussverfahren folgte. Der Ausschluss Hohmanns aus der Union vollzog sich nicht ohne innere Widerstände. Für die AfD zog Hohmann 2017 wieder in den Bundestag ein. Dort ist er dem rechtsradikalen „Flügel“ zuzurechnen. Bei der Bundestagswahl 2021 konnte er sein Mandat nicht verteidigen.

Grob umrissen appelliert Hohmann in seiner geschichtspolitischen Rede an das deutsche Nationalbewusstsein. Er kritisiert dessen Belastung durch die Narration deutscher Schuld an zwei Weltkriegen, Kriegsverbrechen und dem Holocaust und plädiert für eine Entfesselung in einer geschichtspolitischen Wende. In diesem Zusammenhang vergleicht er die historischen Verbrechen der Deutschen mit angeblichen Verbrechen einer Entität, die er „die Juden“ nennt. Diese umfasst im Wesentlichen historische Personen mit vorgeblich jüdischer Abstammung, die eine Rolle in kommunistischen Bewegungen

und in der Sowjetunion spielten. So zählt er etwa Karl Marx, dem nie ein schwereres Vergehen als Majestätsbeleidigung, Ehebruch und Völlerei nachgewiesen werden konnte, der protestantisch getaufter, als Religionskritiker bekanntermaßen erklärter Atheist war, aufgrund der Herkunft seiner Eltern aus Rabbinerfamilien, in die Reihe dieser „jüdisch-bolschewistischen“ Verbrecher, ebenso die völlig unbelastete Rosa Luxemburg, selbst einem Mord durch faschistische Freikorps zum Opfer gefallen. Dem Geschichtsrevisionisten Johannes Rogalla von Bieberstein folgend, zählt er lange Reihen von Namen auf, denen er erstens eine jüdische Identität und zweitens gravierende Verbrechen unterstellt, um daraus ein jüdisches Tätervolk zu konstruieren. Juden seien wohl aufgrund einer Wesensverwandtschaft des Judentums mit dem Bolschewismus an dessen Verbrechen weit überrepräsentiert beteiligt gewesen, man könne somit von einem jüdischen Tätervolk sprechen. Die Konstruktion des jüdisch-bolschewistischen Tätervolks hebt er schließlich wieder auf, indem er es dem deutschen Tätervolk gegenüberstellt. Ganz als ob Minus mal Minus Plus ergebe, streicht er auf beiden Seiten den Täter aus dem Volk. Er habe konkludent nicht von einem jüdischen Tätervolk gesprochen, wird er später auf Kritik antworten. Drum sei das auch kein Antisemitismus. Außerdem habe er als Bürgermeister von Neuhof einen jüdischen Friedhof restaurieren lassen oder sich zumindest dafür eingesetzt und gewürdigt, dass eine Jüdin den Nationalsozialismus angeblich unbehelligt in Neuhof überlebt habe. Währenddessen keine Belege dafür auffindbar waren, wurden 42 Personen aus Neuhof nach Osten deportiert, nach deren Spuren sich oft verlieren, in Theresienstadt, Sobibor, Stutthof, Belzec oder Auschwitz.

Hohmanns Konstruktion, die auch in anderen Äußerungen trennscharf zwischen Deutschen und Juden unterscheidet, baut auf völkischem Rassismus auf, zumal die Individuen auf seiner Judenliste wenig verbindet. Sie beinhaltet kaum überhaupt jemanden, der sich selbst als Juden definieren und bezeichnen würde. Es sind vor allem teils vor Generationen Assimilierte sowie überzeugte und erklärte Atheisten. Sie sind weder als Juden koordiniert, noch bilden marginal vorhandene kulturelle Wurzeln auch nur ansatzweise einen gemeinsamen Handlungsrahmen. Was bleibt diesen Juden also Gemeinsames außer den angeblichen Genen?

Insgesamt ist der jüdische Bolschewismus eine geradezu absurde antisemitische Begriffskonstruktion, die im Nationalsozialismus bekanntermaßen den angeblich volkszersetzenden Charakter des Judentums bzw. von Juden kennzeichnen sollte. Tatsächlich war „Antisemitismus [...] ein prägender Wesenszug des zarischen Regimes“. Den Bolschewiki schlossen sich auch deshalb viele Juden an, weil die Revolution Emanzipation versprach, was sie auch teilweise einlöste. Der tief verwurzelte Antisemitismus hörte in der Sowjetunion aber nicht auf zu existieren. Unter Stalin fanden gar Deportationen von Juden in für sie bereitgestellte Oblaste statt, um sie aus der Sowjetgesellschaft zu isolieren, in der es immer wieder zu einzelnen Pogromen kam. Die bis heute zumindest nominal existierenden jüdischen Oblaste siedelte man an der Grenze zu China und am japanischen Meer an, weil man dort eine militärische Konfrontation fürchtete. Sie wären dann ungeschützt überrannt worden und hätten als militärischer Puffer gedient.

Teile der Generation Hohmanns sind getrieben von einem aus zwei Weltkriegen und den Verbrechen des Nationalsozialismus resultierenden Schuldkomplex. Der Sehnsucht autoritativer Charaktere nach ungebrochenem Nationalstolz, stehen die grausamsten Menschheitsverbrechen in greifbarer Vergangenheit und auch ganz persönliche emotionale Bindungen zu Tätern gegenüber. Den Vater, der nie aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, als Täter erinnern zu müssen, löst bei vielen enorme Abwehrkräfte aus. Während die kritische Auseinandersetzung beträchtlicher Teile der Nachkriegskohorten mit unmittelbarer Schuld und mittelbarer Verantwortung ihrer Eltern- und Großelterngenerationen in der 68er-Bewegung kulminiert, verweigern schuldbeladene Bevölkerungsteile, unauffällige NS-Verbrecher, formal Entnazifizierte und Mitläufer die Aufarbeitung systematisch. Die Forderung nach einem Schlussstrich kursiert wenige Jahre nach dem Ende des Krieges und der Naziherrschaft. Dass der übersteigerte Nationalismus und Militarismus der Deutschen die Welt in zwei Katastrophen geführt haben soll, die die Welt mehr als 100 Millionen mal untergehen ließ, das singuläre Ereignis der millionenfachen industriellen Massenvernichtung von Menschen nicht eine Frage von Individualschuld Weniger, sondern nationaler Verantwortung einer ganzen Population ist, bedeutet den Anhängern

der Neuen Rechten eine permanente, tiefgreifende Kränkung. Der deutsche Nationalismus bleibt insgesamt faulig, solange er diesen einen faulen Zahn der historischen Schuld mit sich trägt. Ihn zu ziehen bedeutet zwangsläufig, die Schuld zu relativieren.

Klassische Holocaustleugner stellen gleich die historische Tatsache des Holocausts mittels massiver Geschichtsfälschung ganz infrage. Die Relativierung der Neuen Rechten betreibt die Geschichtsfälschung durchaus geschickter und kommt auch mit dem Gesetz nicht in Konflikt. Nicht der Holocaust an sich wird infrage gestellt, sondern etwa die Singularität, indem implizite Vergleiche mit anderen Menschheitsverbrechen angestellt werden. In einem Atemzug mit Kriegs- und Menschheitsverbrechen Deutscher werden sodann Stalins Säuberungen, der Holodomor, britische Kolonialverbrechen und historische Genozide genannt. In einem geschichtspolitischen Vortrag auf Einladung der AfD Köln-Nippes erklärt Hohmann etwa, „die Briten haben das KZ erfunden“. Schon scheint das NS-Lagersystem keine Singularität mehr darzustellen, Details bleiben offen. Polen trage eine beträchtliche Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, so schöpft Hohmann aus dem Fundus des Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rohnhof, einem Generalmajor a.D. Hohmann selbst ist Major der Reserve bei den oft zur Eliteeinheit verklärten Fallschirmjägern. Der Überfall auf Polen wird so zum Präventivkrieg verklärt.

Die Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg sieht Hohmann gleich ganz bei den Briten. Der Brite sei neidisch gewesen auf die rasante wirtschaftliche Entwicklung im Kaiserreich. Er lehnt sich bei der Erörterung der Kriegsgründe teils fast wörtlich an die berühmte Rede des Kaisers zur Mobilmachung an. „Neid, Neid, Neid!“, wiederholt er, habe die Briten angetrieben.

Es sind Erzählungen, die mit den geschichtlichen Tatsachen nur sehr wenig gemein haben. Dass sie auf ein einziges Ziel, die deutsche Schuld zu relativieren, ausgerichtet sind, können sie nicht verbergen.

Hohmanns Denken wurzelt also einerseits im Völkisch-Nationalen. Weiterhin ist es in einem katholischen Paternalismus verwurzelt, der in Fulda lange durch Erzbischof Johannes Dyba, den sog. „Ajatollah von Fulda“ geprägt war. Bistum und CDU

bildeten und bilden nach wie vor eine Einheit in vielen sozialen und politischen Fragen. Beispielsweise ist man sich in der Ablehnung der Homoehe oder der Bevormundung von Frauen bei der Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nach wie vor sehr einig. Mittlerweile erscheint auch das Bistum Fulda etwas moderner als noch unter Dyba. Somit unterscheidet man sich zumindest deutlich in Fragen der Einwanderung. Lehnte Dyba das Recht auf Familiennachzug für homosexuelle Partner von Zuwanderern unter dem Begriff der „importierten Lustknaben“ noch scharf ab, setzt sich die Kirche aktuell zumindest verbal stärker für die Menschenrechte von Flüchtlingen ein.

Völkischer Nationalismus und Katholizismus bilden im Denken Hohmanns ein Amalgam, das für eine naturwüchsige hierarchische Gesellschaftsordnung steht. Während Blut und Boden die natürliche Einheit der Nation bilden, organisiert die Demut vor Gott die sozialen Verhältnisse innerhalb derer vertikal.

Klangen Hohmanns Reden wenigstens außerhalb der Region im Bundestag, die auch selten geschichtspolitische Grundsatzfragen berührten, noch dezidiert bürgerlich-konservativ, hat sich der Ton mit seinem Ausschluss aus der CDU und dem Beitritt zur AfD radikal geändert. Hohmann gehört seitdem zu den radikalen Polterern. Zum Großteil bestehen seine Äußerungen aus plumpem Rassismus und Schmähkritik. Flüchtlinge sind für ihn pauschal Schmarotzer, über seine politischen Gegner, aber auch ehemalige Weggefährten trifft er Aussagen, die so falsch, verletzend und unanständig sind, dass es sprachlos macht. Angela Merkel, die die CDU schrittweise vom Völkischen gereinigt hat, trifft seine Wut besonders massiv. Seine Aussagen treiben jedem Menschen mit Restanstand, ob Unterstützer oder politischer Gegner der Politik Merkels, die Schamesröte ins Gesicht.

Bemerkenswert ist, wie einer, der aus dem national-konservativen Flügel der CDU stammt, in der AfD ebenfalls rechtsaußen landet und sich dieses vollzieht, ohne dass sich grundlegende Überzeugungen bei ihm ändern.

Hohmann fungiert auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag als zentraler Netzwerkknoten im rechten Gefüge der Region. Seine Kontakte reichen weit über die Region hinaus und in zahlreiche Szenen hinein. So unterhält er wie dargestellt Verbindungen

ins klassische Milieu der Geschichtsrevisionisten, der intellektuellen Neuen Rechten, zunehmend aber auch weniger theorieorientierter Aktivisten aus dem Rockermilieu und der Türsteherszene. Eine Gruppe der Identitären Bewegung formierte sich vor seiner Haustür im Fuldaer Südkreis, die er ausdrücklich als engagierte junge Leute lobte und Akteure der IB unterstützten ihn im Wahlkampf und regelmäßig als Saalschützer bei Veranstaltungen. Als ehemaliger Kriminalbeamter beim LKA unterhält er Beziehungen in die hessische Polizei, ist mit rechten ehemaligen Militärs, wie dem bereits erwähnten Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof oder KSK-Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel befreundet, der ihn auch in der Hohmann-Affäre öffentlich unterstützt hatte. Günzel ist seit seiner Versetzung in den Ruhestand offensichtlich im rechtsradikalen Milieu als Vortragsreisende aktiv. Den rechtsradikalen Offizier Franco A., der sich derzeit unter Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat (Terrorismus), in Untersuchungshaft befindet, lobte Hohmann mehrfach ausdrücklich als engagierten Bürger. Franco A. hatte sich unter anderem auch unter falscher Identität als Flüchtling registriert und Transferleistungen erhalten und privat Kriegswaffen gehortet.

### **Lukas Larbig**



## Kampf um Erinnerung, Kampf für Aufklärung! Der Fall des getöteten Matiullah J. in Fulda

Am 13.4.2018 starb der junge Matiullah J. durch Polizeischüsse in Fulda. Bis heute ist die Aufklärung unzureichend. Welche Rolle spielt institutioneller Rassismus bei der mangelnden Aufklärung und dem Verlauf des tödlichen Polizeieinsatzes?

Am 13.4.2022 versammelten sich rund fünfzig Menschen auf dem Universitätsplatz in Fulda um Matiullah J. zu gedenken, der vier Jahre zuvor von der Polizei in Fulda erschossen wurde. Die Reden an diesem Tag zeugten von Trauer, Wut, Empörung und Unverständnis im Angesicht der Reaktionen in den Fuldaer Behörden nach dem Tode des Jugendlichen. In diesem Sinne soll im Folgenden der Fokus weniger auf die Nacht von Matiullahs Tod, sondern auf die Gewalt vor dieser und die Reaktionen auf diese gelegt werden.

Matiullah wuchs in einem Dorf in der Nähe der Stadt Dschalabad in Afghanistan mit seiner Familie auf. Nachdem sein Bruder in Gefechten mit den Taliban getötet wurde und Matiullahs Familie Drohungen durch diese ausgesetzt war, floh er nach Deutschland und kam im Oktober 2015 als 18-Jähriger in Gießen an. Kurz darauf wird er nach Fulda in eine Erstaufnahme verlegt. Matiullahs bester Freund beschreibt sie als eng und dreckig. Die Sehnsucht nach Sicherheit und einer besseren Zukunft prallt auf die kühle Gewalt des Deutschen Asylsystems samt Residenzpflicht und Lagerunterbringung. Die Euphorie der sogenannten Willkommenskultur bröckelte damals schon und der Ton in der deutschen Öffentlichkeit wurde rauer. Matiullah kämpfte sich durch, nahm das bereits in Afghanistan begonnene Cricket spielen wieder auf, besuchte eine „Integrationsklasse“ und lernte relativ gut Deutsch. Alle die ihm in dieser Zeit begegneten beschrieben ihn als Intelligent.

Dem Druck des sich als „guter Geflüchteter“ integrieren zu müssen, scheint ihn jedoch bald zermürbt zu haben. Es fällt ihm zunehmend schwer die Aufgaben seines Alltags zu bewältigen. Der psychische Druck, dem Ankommende Menschen in einer von Rassismus geprägten Gesellschaft wie Deutsch-

land im Allgemeinen und dem Asyl- und Lagersystem im konkreten ausgesetzt sind, ist vielfach durch Untersuchungen und durch Schilderungen der Betroffenen belegt. Der Junge Matiullah, der zwischen den Berufswünschen Arzt und Polizist schwankte ermüdete, im Kampf gegen diese Gewalt. Die Ablehnung seines Asylantrages durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im März 2017 muss wie ein Schlag ins Gesicht gewesen sein. Die Entscheidung steht im Kontext einer jahrelangen Negation der prekären Sicherheitslage in Afghanistan und den skandalösen Sammelabschiebungen in das kriegsgebeutelte Land. Durch den Ablehnungsbescheid muss seine Situation ausweglos gewirkt haben. Auch wenn einzelne Sozialarbeiter:innen sich unseren Informationen zufolge um ihn bemühten, war die psycho-soziale Hilfe die er bekam nur unzureichend. Mit dem Schreiben des BAMF in der Hand stand er bildlich vor dem kafkaesken Schloss der deutschen Gesellschaft, die ihm den Eintritt und die Fürsorge verweigerte. Obwohl sein krisenhafter psychischer Gesundheitszustand den Behörden bewusst war, wurde er nicht ausreichend unterstützt. Stattdessen wurde er zu einer „freiwilligen Rückkehr“ gedrängt, um das Land möglichst schnell wieder zu verlassen.

Dieser kurze Abriss verdeutlicht, dass hinter dem Tod Matiullahs auch rassistische Strukturen stecken, die ebenfalls eine Rolle bei seinem Tod spielen.

Am frühen Morgen des 13.04.2018 wurde der junge Matiullah J. dann von einem Polizisten in Fulda erschossen. Auch nach seinem Tod widerfährt Matiullah keine Gerechtigkeit. Vier Jahre später sind immer noch viele Fragen offen: Warum war es 5 Polizist:innen nicht möglich, den jungen Mann ohne Schusswaffengebrauch zu überwältigen? Wieso wurde Matiullah hunderte Meter weiter weg vom ersten Begegnungsort mit den Polizist:innen erschossen? Und welche Rolle spielte Rassismus bei dem Verlauf des Polizeieinsatzes und bei der späteren Aufarbeitung?

Jedes Jahr gehen in Fulda mehrere Dutzend Menschen auf die Straße, um Matiullah zu gedenken und um Antworten sowie Gerechtigkeit zu fordern. Dabei kommen Menschen aus der afghanischen Commu-

nity in Fulda zusammen, die Matiullah selbst kannten, Bürger:innen aus verschiedenen politischen Spektren und Aktivist:innen. Sie alle beklagen, dass die lokale Politik, die längst nichts mehr von dem Tod des jungen Mannes hören will, einzig von einem Generalverdacht gegen die Polizei spricht oder, sich in rassistischen Ressentiments jeder Auseinandersetzung über den Fall verwehrt.

So echauffierten sich lokale Politiker:innen und Journalist:innen nach dem Gedenken am 13.4.2019 in rassistischer Manier über den angeblichen Mob integrationsunwilliger „Ausländer“, die dort auf die Straße gegangen seien. Die heraufbeschworenen rassistischen Bilder zielen vor allem darauf die Beteiligten zu delegitimierten und ihnen ihr Recht auf öffentliche Zusammenkunft abzusprechen.

Beispielsweise wurden, statt über den Fall Matiullah, institutionellen Rassismus und die Nähe von AfD- und CDU-Positionen in Fulda zu diskutieren, nach einer Demonstration 6 Personen u.a. wegen Verleumdung und übler Nachrede von der Polizei angezeigt. Es kam zu einer Hausdurchsuchung in Redaktionsräumen eines regionalen Magazins aufgrund eines geteilten Artikels via Facebook und zu einer Reihe von Verfahren. Solche Verfahren sind nicht nur zermürend für alle Beteiligten, die nur eine Aufklärung wollen, sondern verschieben auch den Diskurs um den Fall.

Jede Kritik an dem Vorgehen der Polizist:innen, an den anschließenden Ermittlungen oder an den rassistischen Tönen der Diskussionen um den Fall in Fulda, soll ausbleiben. Stimmen aus Fulda berichten von einem einschüchternden Klima in der Stadt. Nach dem Tod von Matiullah wurde der Vorsitzende des Ausländerbeirats, Abdulkerim Demir von dem Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld (CDU) und Bernd Woide (CDU) für seine öffentlichen Äußerungen zu dem Fall kritisiert. Unterstützung bekamen sie dabei aus dem Lager der rechtsextremen AfD und der Identitären Bewegung.

Mittlerweile sind die Ermittlungen gegen den Polizisten endgültig eingestellt. Nachdem die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt der Beschwerde der Familie von Matiullah gegen eine vorherige Einstellung der Ermittlungen im Frühjahr 2019 stattgegeben hatte, musste die Staatsanwaltschaft in Fulda noch einmal nachermitteln. Offensichtlich hatten die Ermittlungen bis dato nicht rechtsstaatlichen Erfor-

dernisse entsprochen.

Offiziell sind die Ermittlungen in dem Fall beendet. Für uns ist die Aufarbeitung damit aber noch lange nicht abgeschlossen und Gerechtigkeit in keiner Weise verwirklicht. Die Aussagen der an dem Einsatz beteiligten Polizist:innen stimmten zum Teil nicht mit dem überein, was Augenzeug:innen mit der Handykamera gefilmt hatten. In dem Video ist zu sehen, dass Matiullah weitaus weniger aggressiv gewesen ist als von der Polizei später behauptet wurde. Auch weitere Widersprüche konnten nicht geklärt werden, beispielsweise dass der Einsatzwagen nach der Ankunft noch einmal bewegt worden sein musste, jedoch widerspricht das der Aussage der Beamt:innen das Auto nicht bewegt zu haben. Besonders schwer wiegt, dass die Laufwege der Polizist:innen bis heute nicht widerspruchsfrei rekonstruiert wurden. Unklar bleibt, warum der Todesschütze den fliehenden Matiullah allein nachsetzte. Wieso hat er nicht auf Verstärkung gewartet und gemeinsam mit seinen Kolleg:innen Matiullah aus sicherer Entfernung verfolgt, anstatt ihn alleine zu stellen?

Die Ermittlungen in dem Fall wurden zudem schlampig durchgeführt. Der Tatort wurde nicht ausreichend gegen den damals einsetzenden Regen geschützt, Schmauchspurengutachten verschleppt und die beteiligten Polizist:innen nicht direkt nach dem Einsatz vernommen.

Vor dem Hintergrund des in Deutschland verbreiteten institutionellen Rassismus bei der Polizei wiegen die offenen Fragen besonders schmerzhaft. Welche Rolle hat er bei dem Tod Matiullahs und der mangelnden Aufklärung gespielt? Wir können nicht in den Kopf des Todesschützen oder der am Einsatz betroffenen Polizist:innen schauen, aber rassistische Stereotype können auch Wirkung entfalten, wenn Personen nicht offen rassistisch oder gar rechtsextrem sind. Beschreibungen der Beamt:innen, dass Matiullah wie ein wildes Tier gewirkt habe, erscheinen jedenfalls stark durch rassistische Stereotype geprägt. In einem Text der ZEIT wurde zudem bekannt, dass der Todesschütze auf Facebook die AfD-Fraktion im Bundestag sowie eine lokale Seite „Keine weiteren Asylantenheime in Deutschland“ die als Profilbild den Slogan „Heimat schützen – Asylbetrug stoppen“ zeigt, geliked hat. Das dies aus Versehen geschehen sei, wie der Polizist versichert, wirkt wenig überzeugend.

Vor dem Hintergrund der Offenen Fragen mangelt es unserer Ansicht nach weiter an Gerechtigkeit für Matiullah. Dementsprechend werden wir unsere Arbeit zur Aufklärung weiterführen. Zudem solidarisieren wir uns mit allen Betroffenen von Repression in dem Fall.

Am 22. August 2022 um 10 Uhr steht vor dem Amtsgericht Fulda der nächste Prozess gegen drei Personen an, die im Nachgang der Gegendemonstration vor zwei Jahren die Kritik an dem Mangelnden Aufklärungswillen der Behörden in Fulda sowie der rassistischen Berichterstattung vor Ort geübt hatten. Weil die Autor:innen eines Artikels die 12 Schüsse nicht ausreichend nach Warnschüssen, „Treffern“ und tödlichen Schüssen differenziert hatten, wirft die Polizei Fulda ihnen „Üble Nachrede“ vor, da sie die Tötung von Matiullah J. als Hinrichtung dargestellt hätten. Wir rufen zur solidarischen Prozessbeobachtung in Fulda auf.

### **Initiative in Gedenken an Matiullah J.**



## Die NPD

Die NPD als „langlebigste rechtsextreme Partei der Bundesrepublik“ entstand 1964 aus einem Zusammenschluss von Deutscher Reichspartei (DRP) und mehreren rechtsextremen Kleinstparteien. Bereits ein Jahr nach Parteigründung entstand der Landesverband der NPD-Hessen. Innerhalb der hessischen Landtagswahlen gelang ihr mit dem Wahlergebnis von 7,9% sogleich der erste Einzug in ein deutsches Landesparlament. Zu Beginn der 90er wurde der hessischen NPD der Platz von den Republikanern abgelaufen, welche weit mehr Stimmen bei den Kommunalwahlen 1993 für sich beanspruchen konnten. Bei Wahlen ab den 2000er Jahren konnte die NPD kaum mehr punkten. Bis heute verbleiben ihr wenige Mandate in Gemeinden und Kreistagen. Besonders stechen dabei der Lahn-Dill- und der Wetterau-Kreis hervor. Hier haben sich einzelne Städte wie Büdingen und Altenstadt in der Wetterau, sowie Leun bei Wetzlar, zu den Restrefugien mit Stammwählerpotential für die Rechtsextremen etabliert. Vorsitzender des hessischen Landesverbandes ist Daniel Lachmann.

Innerhalb des „NPD Verbandes Osthessen“ sind die Landkreise Vogelsberg, Hersfeld-Rotenburg und Fulda miteinander verbunden. Seit seiner Gründung ist der 41jährige Martin Kohlhepp dessen Vorstand. Kohlhepp, der in Neuhof wohnhaft und im nahegelegenen Flieden als Raumausstatter berufstätig ist, engagiert sich auch seit mehreren Jahren im Landesvorstand der hessischen NPD. Mit Hans-Joachim Bosold ist ein weiteres über die Region hinaus bekanntes NPD-Mitglied in Neuhof ansässig. Der 70jährige pensionierte Ingenieur trat 2013 als Direktkandidat der NPD Fulda für die Bundestagswahl an und war ebenfalls Beisitzer im Landesvorstand Hessen. Die Kaligemeinde gilt mitsamt den Nachbargemeinden Flieden und Schlüchtern als osthessische Heimstätte für rechte Akteure. Neben den beiden NPDlern stammen mehrere Mitglieder aus einem losen Kreis von Neonazis aus jenem Gebiet, wo sich die Landkreise Fulda und Main-Kinzig in dörflich-provinzieller Eintracht treffen. Freilich wird dies auch in der Summe an rechtsextremen Straftaten in besagten Regionen ersichtlich. Im Dezember 2002 setzten Rechtsradikale eine türkische Metzgerei in Neuhof unter Wasser. Sie hinterlassen Sprühereien

wie „Raus“ und ein großes Hakenkreuz. Im Januar 2008 wird in Neuhof ein jugendlicher Imbissbudenbetreiber von drei Männern rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Über die Täter spricht die örtliche Presse später von einem 27 jährigen aus Flieden, einem 34-Jährigen aus Neuhof und einem 37-Jährigen aus dem Main-Kinzig-Kreis.

Geringere politische Delikte des rechten Spektrums werden in der ländlichen Region bevorzugt in den Monaten vor Großereignissen wie z.B. Demonstrationen verzeichnet. Zu beobachten waren zum Beispiel neonazistische Aktivitäten im Frühjahr 2008 in Eiterfeld. Hier kam es zu mehreren Schmierereien und Sachbeschädigungen. Die Täter hinterließen jedes Mal Flyer der NPD am und in der Nähe des Tatortes. Am 10 November 2008 (Vorabend der Reichspromnacht) marschierten schließlich 150 Neonazis, bestehend aus NPD und Freie Kameradschaften durch Fulda. Vier Jahre später konnten NPD und JN (Junge Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD) nur etwas knapp über die Hälfte an TeilnehmerInnen für eine Demonstration mobilisieren. Etwa 80 Neonazis liefen am 10.11.12 durch die Haunestadt Hünfeld, aufgerufen von Martin Braun, dem damaligen Vorsitzenden der hessischen JN. Der gebürtige Hersfelder Braun trat zuletzt ein Jahr zuvor mit seinem, ebenfalls aus Bad Hersfeld stammenden Namensvetter, Martin Weiß auf einer neonazistischen Demonstration im nahegelegenen Eisenach in Erscheinung und war über mehrere Jahre Vorstand der hessischen JN. Die Demonstration 2012 in Hünfeld konnte indes von den Rechtsradikalen als Fackelmarsch inszeniert werden, auch aufgrund einer Einwilligung der Behörden vor Ort. Auf einem Banner mit der Aufschrift „Dunkle Mächte fürchten das Licht“ konnte sich neben den NPDlern die „Bruderschaft Hessen“ darstellen. Hierbei soll es sich um einen Zusammenschluss von Neonazis aus dem Raum Fulda und Hanau handeln. Die Kombination beider Städte scheint dabei kein Zufall zu sein, organisierten sich doch bereits in den 90ern Mitglieder der Wehrsportgruppe Fulda mit Neonazis aus Hanau. Neben der „Bruderschaft Hessen“ fand sich als weitere Freie Kameradschaft der „Sturm Fulda“ in Hünfeld ein, dessen Banner trug unter anderem der osthessische Landesverbandsvorsitzende der NPD

- Martin Kohlhepp. Seit dem 10 November 2012 organisierten NPD und JN keine Demonstrationen mehr im Raum Fulda. Ein Grund mag wohl sein, dass die an dem Aufmarsch erwartete Beteiligung an TeilnehmerInnen nicht erfüllt wurde.

Nachdem der Dritte Weg seine Aktivität im Landkreis Fulda 2017 aufnahm und im Voraus einer Demonstration sich in der Öffentlichkeit als Bürgerwehr darstellte, war es im besagten Wahljahr auch für die NPD Zeit, entsprechend nachzuziehen. Innerhalb der NPD Schutzzonenaktion versuchten die Parteimitglieder mit mehreren Aktionen und Infoständen aufsehen zu erlangen. Grundgedanke der Schutzzonen war es, ein Bedrohungsszenario zu schaffen: Aufgrund der steigenden Migration im Zusammenhang der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 sollten sich Deutsche Bürger (und besonders Frauen) im öffentlichen Raum nicht mehr sicher fühlen. Die NPD bietet hierfür gleich die Lösung, indem ihre Parteikader an besonders frequentierten Tagen durch die Innenstadt laufen und sich mit Warnwesten als Bürgerwehr präsentieren, die für Ordnung und Sicherheit sorgt. Besonders wird dabei das sexistisch-rassistische Narrativ bedient, wonach die Deutsche Frau vor dem gewaltsamen Zugriff von Zuwanderern geschützt gehört. An diesen Patrouillen nahmen unter anderem Martin Kohlhepp und Hans-Martin Bosold teil. Doch statt den Rückhalt der Bevölkerung, ernteten die Rechtsradikalen eine gerichtliche Verurteilung wegen Amtsanmaßung, gegen die die NPDler zuletzt in Revision gingen. Auf ihren am Fuldaer Bahnhofsvorplatz abgehaltenen Ständen verteilten die Parteimitglieder neben Flyern angeblich auch CS-Gas in Flaschen (so war es der NPD Facebookseite zu entnehmen) mit dem Etikett „Ausländerschutz“. Weiterhin wurden dabei auch Unterschriften gesammelt, die einer Petition dienen, welche für die Freilassung der wegen Holocaustleugnung inhaftierten Rechtsextremistin Ursula Haverbeck plädierte. Einigen AntifaschistInnen fiel unter den älteren Neonazis der „Schutzzonenaktion“ auch ein jüngeres Mitglied auf. Dieses war bereits am 01.05.2015 aufgefallen, als es auf der Maikundgebung der DGB vor den Gewerkschaftlern mit einer schwarz-rot-weißen Reichskriegsflagge posierte. Am 29.07.2017 konnte der junge NPDler auch als Besucher des neonazistischen „Rock für Identität“ Festivals in Themar ausgemacht werden.

Schon regelmäßig versuchen die Mitglieder der Fuldaer NPD ihre politischen Gegner einzuschüchtern. Bei der Auftaktkundgebung des Fuldaer Ostermarsches 2019 am Bahnhofsvorplatz gesellen sich mehrere NPD-Mitglieder, unter anderem auch Martin Kohlhepp, mit blutverschmierten USA- und Israelflaggen unter die Anwesenden und sorgen damit für Empörung bei der bisher anwesenden Teilnehmerschaft aus Antimilitaristen. Die im Anschluss angekündigte Demonstration wird daraufhin abgebrochen. Die NPDler konnten mit ihrer Aktion somit einen vollen Erfolg erzielen und im Schutz der Ordnungskräfte ihrem antisemitischen und antiamerikanischen Weltbild frönen. Nicht aus Zufall wurden dabei die Flaggen beider Länder ausgewählt. Gelten beide im rechtsradikalen Weltbild doch als künstliche Staatsgebilde, die sich im Gegensatz zum neonazistischen Gedankengut: „Jedem Volk sein Raum“, durch einen hohen Pluralismus innerhalb ihrer Bevölkerung hervortun. Die USA als größte Demokratie der Welt ist den NPDlern als „Besatzungsmacht“ verhasst und wird für sämtliche imperialistische Kriegsgeschehen in Verantwortung gezogen. Mögen die Vereinigten Staaten für ihre Rolle als „Weltpolizei“ berechtigterweise kritisierbar sein, so ist die USA im Nazisprech als Heimstätte des wurzellosen Ostküstenjudentums verflucht. Der Antiamerikanismus von Rechts imaginiert die USA als von Juden gesteuerter kosmopolitischer Vielvölkerstaat. Der Antiamerikanismus von Links sieht die USA hingegen als eine vom Finanzkapital gesteuerte Weltmacht. Insgesamt erfüllt das verkürzte anti-amerikanische Weltbild verschiedene Funktionen, zum Beispiel die Projektion des Bösen nach Außen und die damit einhergehende Selbstaufwertung der eigenen Nation. Von Linken und Rechten wird dabei der Fehler gemacht, dem „bösen“ US-Finanzkapitalismus den „guten“ deutschen Industriekapitalismus entgegenzuhalten. Israel als Schutzstaat des jüdischen Volkes, wird hingegen von den Neonazis das Existenzrecht abgesprochen, da es als „Jude unter den Staaten“ für alles Unheil der Welt verantwortlich gemacht wird und vor allem über die Vereinigten Staaten das Weltgeschehen lenkt.

In der Nacht vom 30. Auf den 1 Mai 2020 plakatiert die JN in der Fuldaer Innenstadt und überzieht die Außenscheibe des „Querstellers“, dem Büro der antifaschistischen Initiative „Fulda stellt sich quer“

mit Plakaten. Auch als Angela Merkel 2018 für einen Wahlkampfauftritt Fulda besucht, stehen die Rechtsextremen demonstrierend vor der Esperantohalle und extra angemieteter Lautsprecherwagen fährt den gesamten Vormittag durch Fulda und drischt Parolen gegen die im NPD-Sprech sogenannte „Flüchtlingskanzlerin“. Dass die ehemalige Bundeskanzlerin den gesamten Hass der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Szene erntete, ist wohl ihrer anfänglichen Politik der Humanität in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015 und 2016 geschuldet.

Mag Martin Kohlhepp auch der Hauptinitiator der NPD Aktivitäten in Osthessen sein, so ist er außerhalb seiner Partei auch mit anderen Akteuren der rechtsextremen Szene in Osthessen gut vernetzt. Hier sei Sebastian R. genannt, welcher innerhalb der rechtsextremen Szene gruppenübergreifend agiert. Mal besucht er 2018 ein von der NPD organisiertes Konzert in Leun bei Wetzlar, dann wird er vom damaligen Leiter der Identitären Bewegung Fulda Marcel V. in einer Chatgruppe für Kampfsportler aus dem rechten Spektrum als Teil der Identitären Bewegung Fulda genannt, was sich auch später auf einem Gruppenfoto 2014 der IB Deutschland bestätigt. Weiterhin steht er als Ordner bei der AfD Kundgebung „Die Polizei unser Freund“ neben Martin Hohmann und Jens Mierdel auf dem Fuldaer Jesuitenplatz. Neben Sebastian R. ist auch der gebürtige Neuhofer Daniel T. Auf der Kundgebung erschienen. Der längere Zeit in Flieden wohnhafte T. fiel oft schon als Besucher von neonazistischen Demonstrationen (wie 2008 in Fulda), oder durch das Tragen eines Anti-Antifa-T-Shirts auf. Sowohl Daniel T., als auch Sebastian R. lassen sich in einer losen Gruppe an Rechtsradikalen verorten, welche bevorzugt die Fuldaer Kneipe „Das Schöppchen“ als Stammlokal bezeichnen. Hierzu gehört auch der Schlüchterner Marcel H. Dieser war bereits in der Vergangenheit mit Daniel T. auf einer Veranstaltungen des Kasseler Pegida-Ablegers „Kagida“ zugegen und übernahm auf einigen AfD-Veranstaltungen die Aufgabe als Security. Insgesamt ist die Überschneidung jener Gruppe an Neonazis mit dem Türstehermilieu evident, das sich in Fulda aus einem Kreis an Kontakten in die organisierte Rockerszene erschließt. Angefangen beim Gremium MC, bis angeblich hin zu den Hells Angels. Gänzlich überraschend ist diese Übereinkunft nicht,

eine übersteigerte Auffassung von Männlichkeit, Härte und Stolz, Kameradschaft, Uniformierung und Brüderlichkeit sind Aspekte, welche beide Szenen auszeichnen. Nachdem Daniel T. aufgrund seines rechten Gedankenguts von seiner Arbeit in der Kunzmannkantine in Fulda Kohlhaus gekündigt wurde, machte er sich erst innerhalb eines Imbisswagens selbstständig, bis er im November 2020 den Gasthof Ebert in Neuhoof übernahm, der Heimatstadt von Hohmann, Jens Mierdel, Hans-Georg Bosold und Martin Kohlhepp.

### **Alex Waldmann**



## Die Republikaner

Die Republikaner sind eine 1983 von teils prominenten Unionsmitgliedern gegründete rechtsgerichtete Partei. Etwa waren die beiden damaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt und Franz Handlos, der erster Vorsitzender der REP wurde, neben dem Fernsehjournalisten Franz Schönhuber, an der Gründung beteiligt. Die Partei machte insbesondere durch ihre harten populistischen Interventionen in die Ausländer- und Einwanderungspolitik auf sich aufmerksam. Mit Einwanderung nach Deutschland verband man die Sorge der „Überfremdung“, forderte ebenfalls die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl. Für Nichtdeutsche im Inland sollten andere und im Zweifel strengere Rechtsnormen gelten, eine verfassungswidrige Vorstellung, die mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes natürlich nicht vereinbar ist. Dazu kommt ein undurchdringliches, alleine nach rassistischen Kriterien geformtes Staatsangehörigkeitsrecht nach dem Abstammungsprinzip. Gleiche Rechte wären also auch nicht durch Assimilation zu erwerben.

Gleichzeitig versuchte man sich stark von den unappetitlich auftretenden Erscheinungen auf der extremen Rechten abzugrenzen und trat in der Öffentlichkeit betont bürgerlich-konservativ auf.

In Fulda existieren die Republikaner kontinuierlich und stellen in den Kommunalparlamenten jeweils einzelne Abgeordnete oder auch kleine Fraktionen von bis zu zwei Abgeordneten. Man kann also von einer stabilen Verankerung und Stammwählerschaft von um die 2% ausgehen. 2018 hat sich der Kreisverband scheinbar aufgelöst, um als Bürger für Osthessen (BfO) weiter zu Wahlen anzutreten, nachdem ein Beitritt der Hauptakteure zur AfD gescheitert war. Insgesamt ist die Bedeutung der REPs und ihrer Nachfolgeorganisation innerhalb des rechten Gefüges der Region, wie auch im Diskurs, als deutlich begrenzt einzuschätzen. Über Jahre war gelegentliche Teilnahme an Sitzungen der Kommunalverwaltung das einzige Lebenszeichen der Partei.

In Erscheinung getreten ist man nicht hauptsächlich durch weitgehend fehlende parlamentarische Initiativen, sondern vor allem mit Kuriositäten und Realsatire. So wurde der langjährige Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete der Law-and-Order-Partei, Bernhard Plappert, der gemeinsam mit seiner Frau eine Kreistagsfraktion bildete, 2006 als Betrei-

ber einer professionellen Großanlage zur Produktion von Marihuana festgenommen. Er hatte dazu eine alte Bunkeranlage in Nordhessen angemietet und mit industriellen Anlagen zur Bewässerung und Beleuchtung ausgestattet. 2008 wurde er zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren wegen Betäubungsmittelhandels, Hehlerei und Diebstahls verurteilt.

Nach der Kommunalwahl 2006 gab es weiterhin Versuche einer Annäherung von REPs und Linken im Fuldaer Stadtrat. Die fraktionslosen Einzelabgeordneten Anton Josef Rummel (REP) und Günther Maul (Die Linke. Offene Liste) verhandelten miteinander freundschaftlich über eine Fraktionsgemeinschaft. Die Linke war gespalten, die Fraktionsgemeinschaft fand durchaus auch Sympathien in der Mitgliedschaft, letztlich setzten sich jedoch die Kritiker des Querfrontbündnisses gegen Günther Maul und seine Unterstützer durch.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass das Mitglied der fränkischen Hammerskins, Daniel Orlewicz, bei der Kommunalwahl 2006 auf der Liste der Republikaner zum Fuldaer Kreistag kandidierte.

### Lukas Larbig

## Die Identitäre Bewegung

Ursprung in Praxis und Ideologie fand die europaweit agierende Bewegung bei der im Oktober 2012 in Frankreich ins Leben gerufenen Génération Identitaire. Besonders in Österreich avancierte die Identitäre Bewegung zu der größten und aktivsten Politgruppe des extremrechten Spektrums. Dies fruchtete in der Alpenrepublik unter anderem auch, weil die Identitäre Bewegung (Abkürzung: IB) sich nicht ideologisch auf den Nationalsozialismus bezog, sondern den Rechts-Intellektualismus der Weimarer Republik um die Konservative Revolution sich zum Vorbild nahm. Das sich oft aus dem Kreis rechter Burschenschaften zusammensetzende Klientel der IB übt sich daher auch in der Lektüre rechtskonservativer Autoren, wie Carl Schmitt, Oswald Spengler und Julius Evola, deren antiegalitäre und antisozialistische Positionen fraglos von Mitgliedern der IB vertreten werden. Das eigene Engagement der IB fand in der Bundesrepublik Deutschland vorerst noch auf Social Media seine Beschränkung. Die jugendlich und hip sich gebärenden Identitären machten jedoch schnell durch unterschiedliche Politakte von sich reden, bei denen sie Aktionsformen kopierten, die vorher aus dem linkspolitischen Protestmilieu bekannt waren. Nicht lange und bedeutende Köpfe der deutschen Rechten, wie Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer entdeckten die AktivistInnen der IB für sich und übten auf diese ihren Einfluss aus. Besonders durch das Propagieren von ethnopluralistischem Gedankengut, welches jedem Volk seinen angestammten Kulturraum zugesteht, versuchten die Identitären völkisch-rassistische Ideologien wieder en Vogue zu bringen. Vom damaligen Optimismus ist heute jedoch nichts mehr zu spüren, die meisten Gruppen der Identitären Bewegung haben sich in Deutschland bereits aufgelöst, oder glänzen durch lange Inaktivität.

Bereits im Spätherbst des Jahres 2012 tauchte auf Facebook eine Seite mit dem Titel „Identitäre Bewegung Fulda“ auf. Ein erstes Mal öffentlich zeigten sich zehn Mitglieder auf einem Foto vor dem Fuldaer Dom, erklärten dabei allen „Multikultifantasten“ ihre Feindschaft und gaben an, neben 100 Flyern auch mehrere Plakate und Aufkleber in Fulda verklebt zu haben. Für Aufsehen, welches über die Stadtgrenzen hinaus ging, sorgte die IB Fulda im Sommer 2013.

Bei einer „Capture the flag“-Aktion wurde die Fahne der Europäischen Union auf dem Turm des Fuldaer Stadtschlosses eingeholt und stattdessen eine schwarz-rot-goldene Deutschlandflagge gehisst. Die kosmopolitische Rolle der Europäischen Union, die über Ländergrenzen hinweg agiert, ist der Identitären Bewegung ein Dorn im Auge. Glorifiziert wird hingegen der Nationalstaat als fester Kulturraum eines Volkes - allen Abweichungen davon sagt die IB ihren Kampf an. Zwei Monate zuvor zeigten sich die Rechtsextremen in einem Werbevideo an unterschiedlichen Orten der Region. Neben dem Neuhofer Rathaus und Schloss Fasanerie bei Eichenzell sind dabei auch IBler beim auslegen von Flyern in dem alternativen Nachtcafé „Sonne“ in Fulda zu sehen. Letzteres kam für viele einer bewussten Provokation gleich, zumal sich in der „Sonne“ meist migrantische und links-alternative Personen einfanden.

Ihren Vorbildern in Frankreich und Österreich entsprechend, maß auch die osthessische IB der eigenen medialen Präsenz im politischen Agieren eine hohe Priorität zu. Von ihrer Facebookseite aus kommentieren sie regionale Nachrichten, oder reposteten Links von anderen IB Ortsgruppen. Auffällig ist auch die Verknüpfung der IB Fulda Seite mit den Facebookseiten „Partys im Landkreis Fulda“ und „Patrioten Osthessen“. Die beiden letztgenannten sind schon in der Vergangenheit durch Posts und Kommentare mit rassistischen Inhalten aufgefallen. Alle drei Seiten beginnen nun, die Posts des anderen zu reposten. Es ist daher von einer personellen Überschneidung der Seiten auszugehen. Das Bundesweite Camp der Identitären Bewegung fand schließlich im Sommer 2014 an einem Ort südlich von Fulda statt. Die Region bietet wieder einmal aufgrund ihrer Lage in Deutschlands Mitte ein Willkommenes Angebot für rechtsextreme Strukturen zur Vernetzung. Auf einem Gruppenbild sind mehrere bekannte AktivistInnen aus der örtlichen rechten Szene wiederzuerkennen, darunter Marcel V. und Sebastian R. Nach der Einführung der IB Regionalstrukturen nennt sich die Seite der Identitäre Bewegung Fulda selbigen Jahres noch in Identitäre Bewegung Hessen um.

Unter den hessischen IB Ortsgruppen galt die Ful-

daer wohl in den Jahren 2013/2014 als die Aktivste. Als ihr damaliger Regionalleiter und späterer Leiter der IB Hessen gilt der Neuhofer Marcel V. Dieser sucht in jenem Zeitraum Anschluss zu anderen Rechtsradikalen Gruppen. Unter anderem auch als Administrator der Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich`s noch trauen“. Dort tauscht er sich mit Personen aus dem rechten Hooligan-Milieu aus und preist die IB Fulda als eine um die 20 Personen starke Gruppe an. Um das Jahr 2015 gerät die Gruppe um V. schließlich unter polizeiliche Beobachtung, was mehrere Vorsichtsmaßnahmen und eine sinkende politische Aktivität der Identitären zur Folge hat. Unter öffentlichem Druck stehend, gibt Marcel V. in der Fuldaer Zeitung ein Interview. Er gibt sich dabei sichtbar angespannt und spricht von seinem bereits vollzogenen Austritt aus der Identitären Bewegung. Die vollständige Auflösung der Gruppe wird letztlich im Herbst 2016 von ehemaligen Aktivisten der IB Fulda propagiert. Ein paar Monate zuvor hatten sie noch eine Banneraktion mit anderen Identitären in Kassel abgehalten. Ein Umstand, der einige Antifaschisten misstrauisch werden ließ. Mit gutem Recht, zwar gab der angeblich geläuterte Marcel V. seinen Austritt aus der IB 2015 bekannt, jedoch wurde er 2016 bei einer Demonstration der IB in Berlin wiedererkannt. Ähnliches Spiel bei Marvin L. Das ehemalige NPD-Mitglied verlautbarte 2016 seinen Austritt aus der IB Fulda. Am 19.05.2017 blockierte er jedoch mit mehreren IB-AktivistInnen das Bundesjustizministerium und am 25.08.2018 wurde er auf einem deutschlandweiten Treffen der IB in Dresden wiedererkannt. Es ist davon auszugehen, dass die Mitglieder der IB Fulda eine vermeintliche Auflösung vortäuschten, um der Beobachtung durch die Behörden zu entgehen. Der 17.09.2017 ist schließlich als letztes öffentliches Aufbäumen der Identitären Bewegung in Fulda zu verstehen. Unter dem Motto „Wer sind die nächsten Opfer, Frau Merkel?“ führten sie eine Aktion am Fuldaer Domplatz durch. Nachdem mehrere Personen der Fuldaer Identitären den Rücken kehrten, oder in Inaktivität versanken, wurde die Hessische Landesgruppe schließlich von AktivistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet und Mittelhessen weitergeleitet. Schließlich übernahmen Korporierte aus den Reihen der Marburger Burschenschaft Germania deren Leitung. Einzelne aktivistische Bestrebungen sind jedoch in Fulda noch zu vernehmen, so werden einzelne Flyer und

Sticker gelegentlich am Fuldaer Hauptbahnhof und um das Gebiet der Ferdinand-Braun- und Richard-Müller-Schule gefunden.

Bei der Identitären Bewegung Fulda sind die Überschneidungen mit der hiesigen AfD omnipräsent. Ihr hessenweit bekanntestes ehemaliges Mitglied ist wohl Jens Mierdel. Der ebenfalls in Neuhofer wohnhafte Informatiker gilt als politischer Ziehsohn von Martin Hohmann und ist besonders durch sein ehrenamtliches Engagement beim örtlichen THW bekannt. Inzwischen sitzt Mierdel für die AfD im Fuldaer Kreistag, ohne sich je von der Identitären Bewegung distanzieren zu haben. Dabei in Schutz nimmt ihn Martin Hohmann, der sogar Sympathien mit der IB offen verlautbaren lässt. Er hätte nichts gegen die IB: „Im Gegenteil, im Gegenteil! Weil sie dazu beiträgt, was gerade viele der Jüngeren immer wieder wünschen, dass unser politisches Leben bunt, fantasievoll und vielfältig ist. Ich wünsche der IB bei diesem Weg weitere Erfolge.“ So Hohmann auf einer AfD-Veranstaltung in Fulda - Johannesberg. Der von Hohmann gewünschte Meinungspluralismus scheint sich bloß an der rechtsextremen Vergangenheit seines Schützlings zu erschöpfen. Neben dem gemeinsamen Geschichtsrevisionismus (siehe Artikel zu AfD/ Hohmann) eint Mierdel und Hohmann eine jeweilige frühere Karriere beim Militär. Mierdel als Berufssoldat und Hohmann als Reserveoffizier. Ein weiteres, in den Fuldaer Kreistag gewähltes AfD-Mitglied ist Marco Haber. Jener konnte ebenfalls als IBler geoutet werden. Der für die Gemeinde Hofbieber angetretene Haber war in der Vergangenheit bei einem IB-Treffen für Neueinsteiger in der „Mea Mea Bar“ am Fuldaer Bahnhof zugegen. Das Agieren Mierdels und Habers erfüllt eine bekannte Taktik der Identitären Bewegung. Deren AktivistInnen haben bereits vor sechs Jahren die Idee einer Unterwanderung der AfD veröffentlicht. Die Identitären können hierdurch ihr politisches Anliegen weiterverfolgen und werden dazu noch mit Geldmitteln unterstützt.

**Alex Waldmann**

## Der Dritte Weg

Die Ursprünge des Dritten Wegs liegen im Süddeutschen Raum. Ehemalige NPD-Mitglieder taten sich mit Personen des 2014 verbotenen Freien Netz Süd (FNS) zusammen. Augenscheinliches Ziel war es dabei, das FNS als bisher größten Zusammenschluss an rechtsextremistischen Kameradschaften innerhalb von Parteistrukturen weiterzuführen. Trotz der recht geringen Anzahl an Mitgliedern, profiliert sich der Dritte Weg durch die hohe politische Aktivität seiner Anhänger und sein durchdacht-inszeniertes Auftreten in der Öffentlichkeit. Im Kontext der rechtsradikalen Szene genießt er den entsprechenden Ruf eines elitistischen Zirkels, der sich ästhetisch besonders an den paramilitärischen Truppen der NSDAP, der Sturmabteilung (SA), orientiert. Evident ist dabei auch die Überschneidung zwischen Mitgliedern der Partei und dem rechts-extremen Kampfsportmilieu. Besonders aktiv ist der Dritte Weg im Ost- und Süddeutschen Raum. Seine Versuche, sich in Hessen und dabei vorwiegend in Fulda zu etablieren scheiterten bisher. Die meisten Aktivisten reisten extra von außerhalb an. Seit 2020 existiert mit der „Neuen Stärke“ eine Abspaltung der Partei.

Vor der breiten Bevölkerung tritt der Dritte Weg in Osthessen erstmalig im Dezember 2016 auf einer Aktion am Fuldaer Weihnachtsmarkt auf. Bei der selbsternannten Julkampagne verteilten die Neonazis Plätzchen. Sie warben dabei um das germanische Fest der Wintersonnenwende und verteilten Flyer, in denen sie die heutigen Weihnachtsbräuche als „amerikanisch“, „konsumorientiert“ und „artfremd“ bezeichneten. Das hiermit implementierte Gedankenmuster ist in der Naziszene nicht neu, wonach es sich bei den alten germanischen Riten um die wahre Religion des deutschen Volkes handelt, während hingegen das aus dem Judentum sich entwickelnde Christentum als aufoktroiert gilt und den Deutschen von fremden Mächten erst aufgelastet werden musste. Zwei Monate später spricht der bekannte Parteiaktivist Julian Bender an einem anonymen Ort vor 30 Faschisten in der Nähe von Fulda. AntifaschistInnen gehen davon aus, dass es sich bei dem damaligen privaten Veranstaltungsort um eine Bauernhofscheune bei Eichenzell handelte. Diesen Umstand bestätigt, dass zwei bis drei Personen vor Ort Mitglieder beziehungsweise, Anwärter

der Kleinstpartei geworden sind. Bis Juni 2017 blieb es bis auf einen Infostand relativ ruhig um den Dritten Weg und seiner Mitglieder in Osthessen. Diese verstärken mit dem Vorhaben einer geplanten Demonstration im August 2017 jedoch massiv ihren Aktionismus in den darauf kommenden Sommermonaten. Besonders Großveranstaltungen, wie dem Fuldaer Stadtfest, oder dem Schützenfest werden für den Aktionismus der Neonazis ausgenutzt. Je näher der Tag der Demonstration am 27.08.17 rückt, desto mehr wird geflyert und in der Öffentlichkeit Streife gelaufen. Dabei soll das Bild einer vom Staat unabhängigen Instanz entstehen, welche in einer scheinbar kriminell-migrantischen Parallelgesellschaft für Recht und Ordnung sorgt. Besonders heroisch inszenieren sich die Faschisten in dunkelgrün auf einem Heldengedenkdenkmal am 17. August. Hierfür wurde am Fliegerdenkmal auf der Wasserkuppe im Schein von Fackeln und Kerzen posiert. Als das Bündnis „Fulda stellt sich quer“ bezüglich des anstehenden Naziaufmarsches eine Infoveranstaltung am 24 August abhält, schleusten sich auch Mitglieder des Dritten Wegs unter die Zuhörerschaft. Auf ihrer Internetseite verhöhnen sie die antifaschistische Initiative im Anschluss. Am 27.08.2017 mobilisiert der Dritte Weg schließlich 100 Personen für einen Marsch durch Fulda. Nur ein kleiner Teil der rechtsradikalen Szene vor Ort ließ sich hierfür gewinnen, die meisten Neonazis waren extra angereist (So gehört es für die Mitglieder des Dritten Weges dazu, für die politische Arbeit bereitwillig große Strecken auf sich zu nehmen). Dem Aufmarsch ging eine Banneraktion beim Besuch von Angela Merkel am Vortag voraus. Die Demonstration trifft an jenem Samstag auf einen breiten Protest in der Domstadt. Die Route der Neonazis kann zweimal blockiert werden. Eine Woche später laden die Neonazis ein Video unter dem Titel: „Fulda stellt sich dumm“ auf YouTube hoch, in welchem sie mit eigenen Videoaufnahmen sich über den Gegenprotest lustig machen. Vorwiegend migrantische Menschen werden dabei auf rassistische Art und Weise verhöhnt. Unter anderem wird das Klischeebild des lüsternen und triebgesteuerten männlichen Zuwanderers durch das Video propagandistisch aufgeworfen. Nach jenem Samstag lässt sich der Dritte Weg erst zwei Monate später wieder in Fulda blicken, denn Anfang November 2017

laufen seine Mitglieder erneut „Streife“ durch die Innenstadt. Besonders bedrohlich inszenieren sie sich im Kontext ihrer Medien auf einem Foto, bei dem sie vor den Räumen der „Welcome In“-Geflüchteten-Initiative stehen. Vereine wie „Welcome In“ ziehen dabei nicht selten den Zorn von Neonazis auf sich. Gilt ihr altruistisches Bemühen jenen als Volksverrat, welcher durch die Integration und Inklusion von geflüchteten Menschen vollzogen wird. Scheint hier doch auch der Mythos des „Volkstodes“, dem vermeintlichen Aussterben des reinrassig, deutschen Volkes durch Vermischung mit anderen Völkern im rechtsradikalen Weltbild durch.

Nach einer politischen Abstinenz von über einem Jahr führen Mitglieder des Dritten Wegs eine Spontandemonstration mit mehreren kurzen Kundgebungen am 30.12.2018 in Fulda durch. Dem ging ein angeblich mehrerer Kilometer andauernder Marsch von einigen der Parteimitgliedern voraus, die laut der eigenen Propaganda ein „Licht für Dresden“ nach Fulda brachten. Noch am selbigen Abend meldeten die Neonazis eine Demonstration für den 16. Februar an. Dies hielten sie auch gleich photographisch fest - auf einem Bild ist Julian Bender mit der Anmeldung in einem Briefumschlag vor dem Fuldaer Ordnungsamt zu sehen. Die rechtsextremen Aktivisten verteilen nun in den darauffolgenden Tagen besonders wochenends Flyer, auf denen sie für den Fackelmarsch werben. Der Zuspruch auf ihre Infostände hält sich dabei in Grenzen und trifft hier schon bereits auf antifaschistischen Widerstand. Inhaltlich bedienen sich ihre Flugblätter mit bekannten geschichtsrevisionistischen Motiven - die Zahl Opfer der Bombardierung von Dresden wird um ein mannigfaltiges in die Höhe geschraubt und britisch-amerikanische Bomberstaffeln mit der bereits im Nationalsozialismus verwendeten Begrifflichkeit „Luftgangster“ versehen. Ein weiterer Versuch der Öffentlichkeitsgewinnung im Vorfeld der Demonstration ist die Kranzniederlegung durch die Neonazis, wofür bevorzugt Kriegerdenkmäler in der Region, oder am Fuldaer Hauptfriedhof fungieren. Das Ziel scheint dabei zum einen zu sein, sich als womöglich letzte politische Kraft in Szene zu setzen, welche das Gedenken an die Gefallenen der Weltkriege noch positiv besetzt hält und sich damit zum zweiten, Sympathien in der hiesigen Bevölkerung zu verschaffen. Für die „Ein Licht für Dresden“-Demo am 16.02.2019 können schließlich knapp 130 Teilneh-

merInnen mobilisiert werden. Die Auflagen der Stadt Fulda ließen zwar das Erleuchten von einer limitierten Anzahl an Wachsfackeln zu (zwei um genau zu sein), verboten aber das öffentliche Abspielen der Sirene eines Fliegeralarms. Mehrmals konnte der Aufmarsch von antifaschistischen Kräften am freien Lauf gehindert werden. Es finden sich 1500 Gegen-demonstranten an jenem Samstag in der Domstadt ein.

Es ist davon auszugehen, dass der Dritte Weg besonders die Lage der Domstadt, als „Tor zum Osten“ für sich zu Nutzen machen wollte. Der Landkreis in Deutschlands Mitte barg für die Naziszene seit Beginn der Demonstrationen in Wunsiedel Ende der 80er mehrere Vorteile. Auch die Nahe Anbindung zum fränkischen Raum wäre für die Partei ideal gewesen. Doch sein Ziel der festen Etablierung dürfte der Dritte Weg verfehlt haben. Wahrscheinlich rechneten die Neonazis innerhalb der konservativen Region mit seinen wenigen antifaschistischen Strukturen auf höheren Zuspruch. Ebenfalls konnten sie die NPD-nahe rechtsradikale Szene in Hessen nicht überzeugen, geschweige denn für sich gewinnen. Der Dritte Weg versucht anscheinend nun im Landkreis Hersfeld-Rotenburg Fuß zu fassen. So verteilten Mitglieder in der Gemeinde Niederaula im Dezember 2021 Flyer mit Kritik an der derzeitigen Coronapolitik. Bietet der Landkreis Hersfeld-Rotenburg von der mittigen Anbindung ähnliche Vorteile wie der Landkreis Fulda und verfügt dabei über noch geringere Möglichkeiten für einen antifaschistischen Gegenprotest.

**Alex Waldmann**





# Chronologie rechtsextremer Gewalttaten und Aktivitäten im Raum Fulda und Osthessen seit Beginn 2000

## 2000

**Juni:** Konferenz der Deutschen Aufbau Organisation (DAO), bestehend aus Mitgliedern von Republikaner und DVU, in Fulda

## 2001

**17.08.:** Neonazistischer Mord an Dorit Botts in der Fuldaer Florengasse

## 2002

**06.12.:** Unbekannte dringen in den Laden eines türkischen Metzgers in Neuhof ein. Sie setzen das Geschäft unter Wasser, indem sie die Abflüsse verstopfen und sämtliche Wasserhähne vollends aufdrehen. An einer Wand hinterlassen sie ein Hakenkreuz und das Wort „Raus“.

## 2003

**3.10.:** „Täter-Volk-Rede“ Martin Hohmanns in Neuhof

## 2005

**08.04.:** Treffen von mehreren konservativen bis rechten (Ex-)Politikern und Publizisten im Fuldaer Hotel Maritim. Darunter u.a. Martin Hohmann, Gerd Schultze-Rhonhof („Der Krieg der viele Väter hatte“) und Journalisten der Jungen Freiheit.

## 2006

**Mai:** Hakenkreuzschmierereien an der Mariengrotte in Eiterfeld-Arzell.

**07.05.:** Landesparteitag der DVU in Fulda Kämmerzell

**19.08.:** Nachdem der jährlich stattfindende Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel von den Behörden untersagt wurde, melden Teilnehmer der deutschen Neonaziszene zwei Ersatzdemonstrationen in München und Fulda an. Letztere kann durch die Stadt Fulda untersagt werden. Am Fuldaer Bahnhof tauchen am dafür vorgesehenen Tag trotzdem mehrere Kleingruppen an Neonazis auf.

## 2007

**22.09.:** Proteste gegen NPD-Auftritt in Alsfeld

**August:** In Bad Hersfeld werden mehrere Plakate geklebt, welche an den Todestag von Rudolf Heß erinnern sollen.

**Oktober:** Die Tür eines Döner Imbisses in Eiterfeld wird eingetreten. Am Tatort und in dessen Nähe hinterlassen die Täter Flyer der NPD.

## 2008

**22.01.:** Ein Jugendlicher mit türkischem Migrationshintergrund wird in einem Imbisswagen in Neuhoof von drei Männern angegriffen und rassistisch beleidigt.

**März:** Am Osterwochenende wird in Eiterfeld eine Gedenkplatte gestohlen, die an das vormalige jüdische Leben in der Marktgemeinde erinnern soll. In der Nähe des Geschehens werden Flyer der NPD hinterlassen. Die Täter können erst ein paar Tage darauf von den Beamten gestellt werden.

**20.07.:** Neonazis überfallen ein Zeltlager der Linksjugend solid in Nordhessen. Die beiden Männer dringen in die Zelte der schlafenden TeilnehmerInnen ein und schlagen wahllos um sich. Einer der Faschisten prügelt dabei mit einem Klappspaten auf ein 13-jähriges Mädchen so sehr ein, dass dieses zeitweise in lebensgefahrsschwebend auf der Intensivstation behandelt werden muss.

**10.11.:** Genau einen Tag vor der Reichsprogromnacht marschieren NPD und Freie Kameradschaften durch Fulda. Als Hauptredner des Tages sprach Thorsten Heise vor ungefähr 150 Neonazis.

## 2009

**14.12.:** Am Geschichts- und Heimatmuseum der Stadt Alsfeld werden mehrere rassistische Parolen und Hakenkreuze gesprüht.

**23.12.:** An einer Wand der Haunetalschule in Haunetal-Neukirchen werden gesprayte Hakenkreuze aufgefunden.

## 2011

**März:** An der Fliedetalbrücke bei Eichenzell-Kerzell werden Sprühereien mit neonazistischem Gedankengut entdeckt.

## 2012

**10.11.:** Aufmarsch der JN in Hünfeld mit ungefähr 80 teilnehmenden Neonazis.

## 2013

**Frühjahr:** Anfängliche Internetpräsenz und erste Sticker-, Plakatierungs- und Flyer-Aktionen der Identitären Bewegung Fulda. Festgehalten wird dies von den Rechtsextremen innerhalb eines Videos.

**14.07.:** „Capture the Flag“ - Aktion durch Mitglieder der Identitären Bewegung Fulda auf dem Turm des Fuldaer Stadtschlosses. Die dort wehende EU-Fahne wird von den Rechtsextremen eingeholt und durch eine Deutschlandfahne ersetzt.

## 2014

**März:** Der Skateplatz in Eichenzell wird mit einer Riege an Naziparolen vollgesprüht. An der Halfpipe prangen Parolen wie „NS-Area“, „Nationaler Sozialismus – Jetzt!“, oder „Deutscher Landser vor“. Der entstandene Sachschaden wird auf 3000 € geschätzt.

**20.07.:** Bei einer „Free Palestine Demo“ in der Fuldaer Innenstadt treten TeilnehmerInnen mit Flaggen der antisemitischen Terrororganisation Hamas zusammen mit Türkischen Nationalisten auf.

## 2015

**Januar:** Mediale Präsenz des Fuldaer Pegida Ablegers – Fugida.

**August:** Bei den Verwaltungen in Hünfeld und Neuhof gehen anonyme Briefe ein, welche mit Angriffen auf dort geplante Unterkünfte für Geflüchtete drohen. Die mit rassistischen Parolen durchtränkten Schreiben kündigen Zustände wie im sächsischen Tröglitz an. Dort kam es zu wochenlangen Attacken gegen Geflüchtete.

## 2016

**22.01.:** Eine Unterkunft für Geflüchtete wird in Schlitz mit mehreren Hakenkreuzen und dem Wort „Raus“ besprüht.

**23.01.:** Mitglieder des Rockerclubs Gremium MC jagen einen irakischen Geflüchteten durch die Fuldaer Innenstadt und schlagen auf diesen schließlich so sehr ein, dass dieser in der Notaufnahme behandelt werden muss.

**März:** Rechte Schmierereien vor einer Unterkunft für Geflüchtete in Fulda Horas

**03.03.:** In Ebersburg werden Hakenkreuze an eine Unterkunft für Geflüchtete und auf vor Ort hängende Wahlplakate gesprüht

**03.09.:** Für mehrere Minuten blockieren feministische AktivistInnen den „1000-Kreuz-Marsch für das ungeborene Leben“ in der Fuldaer Sturmstraße. Unter den christlichen Fundamentalisten befindet sich u.a. Martin Hohmann.

**Dezember:** Auf der selbsternannten Julkampagne verteilen Aktivisten des neonazistischen Dritten Weg Flyer und Plätzchen auf dem Fuldaer Weihnachtsmarkt

## 2017

**04.02.:** Im Kontext einer Parteivorstellung spricht Julian Bender vom Dritten Weg vor 30 Faschisten an einem anonymen Veranstaltungsort in Fulda Eichenzell.

**März:** Hakenkreuz-Schmierereien unter einer Brücke in Neuhof.

**30.03.:** Infostand des Dritten Wegs in Fulda

**10.06.:** Mitglieder des Dritten Wegs ziehen Streife laufen über das Fuldaer Stadtfest und inszenieren sich dabei als selbsternannte Bürgerwehr.

**Juli/August:** Vor und während des Fuldaer Schützenfestes macht der Dritte Weg innerhalb mehrerer Flyerverteilungen und einer Streife auf sich aufmerksam.

**17.08.:** Aktion des Dritten Wegs auf der Fuldaer Wasserkuppe mit Fackeln und Kerzen.

**August:** Mehrere Wahlplakate werden mit rassistischen und neonazistischen Parolen beschmiert. Es finden sich Parolen wie „Refugees not welcome“ und „CDU=Volkstod“ darunter wieder.

**24.08.:** Infoveranstaltung vom Bündnis „Fulda stellt sich quer“ bezüglich des Nazi-aufmarsches vom 27.08.17. Unter die Zuhörenden schleusten sich auch Mitglieder des Dritten Wegs.

**26.08.:** Kundgebung der AfD gegen den Besuch von Angela Merkel am Fuldaer Universitätsplatz. Neben den AfDlern finden sich auch einschlägige Neonazis unter den Demonstrierenden an der Fuldaer Bahnhofsstraße.

**26.08.:** Währenddessen unterhüllen mehrere Mitglieder des Dritten Wegs auf der Veranstaltung mit Angela Merkel am Universitätsplatz ein Banner mit der Aufschrift: „Asylflut stoppen!“

**27.08.:** Etwa 100 Neonazis laufen auf einer Demonstration des „Dritten Wegs“ durch Fulda. Im Vorfeld des Aufzugs sind mehrere Flyerverteilkaktionen der rechtsextremen Kleinstpartei voraus gegangen.

**06.11.:** Zum wiederholten Male läuft der Dritte Weg „Streife“ durch Fulda. Medial lassen sich die Faschisten dafür vor den Räumlichkeiten der „Welcome In“-Geflüchteten-Initiative abbilden.

## 2018

**13.04.:** Matiullah Jabarkhil wird am Fuldaer Münsterfeld von einem Polizisten erschossen. Die Beamten wurden zum Ort des Geschehens gerufen, nachdem der afghanische Geflüchtete vor einer Bäckereifiliale randalierte.

**30.04.:** Kundgebung der AfD-Fulda zum Thema: „Die Polizei bleibt unser Freund“. Vor Ort finden sich bekannte Personen aus Fuldas rechtsextremer Szene ein. Diese sind es schließlich auch, welche vor dem Fuldaer Kaufland mehrere Antifaschisten angreifen und verletzen.

**16.06.:** Antisemitische Schmierereien gegen Windkraft- und Forstverantwortliche im Schenklengsfelder Ortsteil Wippershain (Kreis Hersfeld-Rotenburg)

**12.07.:** Die NPD-Wetterau hält einen Wahlkampfstand in Alsfeld ab.

**11.08.:** Der jährlich in Fulda stattfindende „1000-Kreuze Marsch für das ungeborene Leben“ trifft auf den Gegenprotest linker AktivistInnen.

**23.08.:** AfD-Veranstaltung mit Alexander Gauland in Petersberg. In der Nacht vom 22. auf den 23. sind mehrere Sprays an der Fassade des Petersberger Propsteihauses und in dessen Umgebung entstanden, die mit Aussagen wie „FCK AFD“ eine klare Botschaft an die Rechtspopulisten senden.

**21.09.:** AfD-Wahlkampfveranstaltung mit Beatrix von Storch in Neuhoof. AntifaschistInnen haben in den Nächten zuvor das Neuhofer Schützenhaus mit Parolen gegen Antisemitismus verschönert. Martin Hohmann ist langjähriges Mitglied des Schützenvereins Neuhoof e.V.

**05.10.:** Aktion der NPD vor der Fuldaer Esperanto Halle zur Wahlkampfveranstaltung von Angela Merkel.

Dezember: Einer Bürgerwehr gleich laufen NPD-Mitglieder durch die Fuldaer Innenstadt. Ihre Botschaft dabei - „Wir schaffen Schutzzonen“.

**30.12.:** Spontandemonstration des Dritten Wegs in Fulda.

## 2019

**22.01.:** Die aus Rückers stammende Psychologiestudentin Raphaela Huber wird an der Frankfurter Goethe Uni als Mitglied der Identitären Bewegung geoutet.

**27. + 28.01.:** Der Dritte Weg verteilt in Fulda an mehreren Tagen Flyer. Es wird darin für einen von der Partei angemeldeten Fackelmarsch im Februar geworben.

**09.02.:** Eine Kundgebung mit Infostand wird in der Fuldaer Marktstraße vom Dritten Weg abgehalten. Mehrere AntifaschistInnen schaffen es jedoch die Neonazis innerhalb einer Störaktion einzukreisen, bis diese ihr Vorhaben abbrechen.

**13.02.:** Erneute Flugblattverteilung des Dritten Wegs in Fulda

**16.02.:** Am Fuldaer Bahnhofsvorplatz wirbt die NPD mit ihrer Schutzzonen-Kampagne.

**16.02.:** Unter dem Titel: „Ein Licht für Dresden“ marschieren etwa 100 Neonazis durch Fulda. Der vormalig als Fackelmarsch angemeldete Aufzug kann durch antifaschistische Kräfte mehrmals blockiert werden.

**13.04.:** Demonstration zum einjährigen Todestag von Matiullah Jabarkhil. An der Demonstration teilnehmende Personen werden einige Monate später zur Zielscheibe von unverhältnismäßiger Repression.

**21.04.:** Mehrere NPDler stören die Auftaktkundgebung des Fuldaer Ostermarsches

**22.06.:** Ein 26-jähriger Eritreer wird in Wächtersbach aus einem fahrenden Auto angeschossen. Der junge Geflüchtete kann durch eine Notoperation gerettet werden. In den Folgetagen stellt sich heraus, dass der Täter, Roland K., bereits im Vorfeld der Tat in seiner Stammkneipe in Biebergemünd ankündigte: „Einen Geflüchteten niederzuschießen“.

**12.10.:** Parteitag der hessischen AfD in Neuhof

## 2020

**23.01.:** Polizeiliche Hausdurchsuchung bei einem Combat 18-Mitglied in Lauterbach.

**Januar:** Vor dem geplanten Neubau einer Moschee wird in Fulda ein Schweinekopf abgelegt. In den folgenden Monaten werden an dem Neubau Schmierereien angebracht und Scheiben eingeworfen.

**30.04.:** Plakataktion der NPD in der Fuldaer Innenstadt. Die Neonazis überziehen dabei die Frontscheibe des Büros der Initiative „Fulda stellt sich quer“ mit Plakaten. Eine Bushaltestelle wird mit Kunstblut übersät und der Schriftzug: „Tatort Multikulti“ angebracht.

**Juli:** Neben Stickern der Identitären Bewegung im Fuldaer Schulenviertel, kleben Plakate mit dem Slogan „White Lives Matter“ an der Fuldaer Hochschule auf.

**Oktober:** Mit den ersten Querdenkerkundgebungen tauchen auch Sticker der Identitären Bewegung in Fulda auf.

## 2021

**27.01.:** Vor dem Schlüchterner Polizeipräsidium werden die anlässlich des Holocaust Gedenktages gehissten Flaggen falsch herum gehisst. Eine Darstellung, die die Not-situation eines Staates symbolisieren soll. Die Schlüchterner Polizei spricht im Nachgang von einem angeblichen Versehen, andere sprechen von einem rechtspolitischen Akt, oder von einer bewussten Verhöhnung der Opfer des Jahrestages.

**21.05.:** Wieder Schlüchtern – Ein 57-Jähriger wird während des Autofahrens von drei Männern zum Anhalten genötigt. Die Angreifer zerren den Fahrer aus seinem Wagen und fangen an ihn zu würgen und aufgrund seiner schwarzen Hautfarbe rassistisch zu beleidigen. Erst durch das Eingreifen einer Passantin lassen die Angreifer von ihrem Opfer ab.

**19.06.:** Wahlkampfauftakt der AfD-Fulda in Künzell. Als Rednerin ist Beatrix von Storch erneut geladen.

**01.07.:** Ein 46-Jähriger wird vor dem Amtsgericht Alsfeld wegen dem unerlaubten Besitz von Waffen und Sprengstoff zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Bei einer Hausdurchsuchung wurden des weiteren NS-Devotionalien in der Wohnung des Polizeibeamten gefunden. Seine Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Chatgruppe empfanden die Justizbeamten jedoch einer Verurteilung nach nicht wert.

**11.12.:** Unter dem Motto „Das System ist gefährlicher als Corona“ flyert der Dritte Weg in Niederaula (Kreis Hersfeld-Rotenburg).

## 2022

**27.01.:** Am Holocaust Gedenktag läuft ein Mann mit einem kleineren Jungen durch Neuhof. Der Junge trägt dabei eine Hakenkreuzflagge.

**31.01.:** Die Polizei stürmt eine Wohnung im Fuldaer Musikerviertel. Beschlagnahmt

werden Waffen und NS-Devotionalien.

**06.04.:** In Rotenburg an der Fulda wird Bastian Adam im Rahmen einer bundesweit angelegten Razzia festgenommen. Der Rotenburger Neonazis war schon im Vorfeld der Öffentlichkeit durch sein Auftreten mit Leon Ringl und dessen Neonazigruppe „Knockout 51“ aufgefallen.

**Anfang Mai:** Unbekannte hinterlassen auf mehreren Gebäuden der in Fulda/ Fulda-Galerie ansässigen Astrid-Lindgren-Schule Hakenkreuzschmierereien



# Schlussbemerkung – Osthessische Verhältnisse und die antifaschistische Praxis

## I. Osthessische Verhältnisse

Zum Ende dieser Broschüre müssen wir uns einige osthessische Besonderheiten vor Augen halten. Wir AntifaschistInnen sehen uns in der Region mit einer breiten und Spektren übergreifenden Vernetzung von Rechtsextremen konfrontiert. Egal ob AfD, NPD oder Identitäre Bewegung, es handelt sich hier oft um die gleichen Akteur\*innen. Die Überschneidungen sind in vielen Fällen auffallend und das obwohl AfD, als auch Identitäre Bewegung in der Vergangenheit verlautbaren ließen, dass beide sich von der extremeren Rechten distanzieren würden. Ein Fakt, welcher von vielen damals schon als Taktik durchschaut wurde. Des Weiteren konzentriert sich das Auftreten von rechten Aktivitäten und Gewaltdelikten immer an denselben Orten und Regionen. Dies lässt auf die Wohnorte der meisten ihrer Akteur\*innen schließen. Hier sei besonders Neuhof als rechtes Zentrum in Osthessen genannt, wo sich AfD, Identitäre Bewegung und NPD nebeneinander einfinden. Die dort einschlägigen Personen kennen sich nicht nur aus dem Politischen, sondern auch aus dem Wohnkontext und sind sich seit mehreren Jahren persönlich vertraut. Auch in Ortschaften wie Flieden, Schlüchtern oder Eiterfeld konnte aufgrund ihrer Abgeschiedenheit rechtsextremes Gedankengut ungestört Wurzeln schlagen.

Dem hingegen finden sich in der Vergangenheit auch antifaschistische Erfolge. Der Dritte Weg ist mit seinem Rückhalt in der Bevölkerung von Anfang an gescheitert. Am vogtländischen Plauen sehen wir, was die rechtsradikale Kleinpartei ursprünglich auch in Osthessen angestrebt hat - das Eröffnen eines eigenen Parteibüros und Stadtteilarbeit. Das endgültige Ziel hierbei ist das Schaffen von „National befreiten Zonen“, Orte an denen die Neonazis eine Parallelgesellschaft für sich kontrollieren. Dies konnte in Fulda von Anfang an durch antifaschistische Gegenwehr verhindert werden. Die Identitäre Bewegung wurde ebenfalls sogleich durch Öffentlichkeitsarbeit an den rechten Rand gedrängt und erlangte keinen Einfluss in der Region. Jedoch ist die AfD in und um Fulda so breit etabliert wie eh und je. Der Landkreis gilt bereits im Allgemeinen als hessische AfD Hoch-

burg und besonders Orte wie Neuhof gaukeln der dortigen Bevölkerung eine heile Welt vor. Hier soll die dörfliche Ruhe ihren falschen Schein bewahren und die rechtsextreme Meinung des Nachbarn ist für viele in Ordnung, solange dieser sich benimmt und den provinziellen Frieden nicht stört. Vorzeigefiguren wie Hohmann und Mierdel zementieren durch ihr ehrenamtliches Arbeiten in der Gemeinde (Mierdel beim THW, Hohmann in der katholischen Kirchengemeinde) weiterhin diesen Zustand.

## II. Die antifaschistische Praxis

### *Antifaschismus und seine Denunziation*

Ohne detaillierter auf die Entstehungsgeschichte des Antifaschismus einzugehen, lässt sich allgemein davon sprechen, der Antifaschismus, wie im Präfix „anti“ angelegt, wende sich gegen den entwickelten Faschismus oder Erscheinungen einer gegebenen geschichtlichen Periode, die die Gefahr in sich tragen, dem Faschismus zuzuneigen, ihn zu begünstigen oder hervorzubringen. Zuerst prägten italienische Intellektuelle den Begriff in Abgrenzung zum dort entstehenden Faschismus, später linke und liberale Gruppen des italienischen und spanischen Widerstands gegen Mussolini und die Franco-Diktatur.

### *Kein Antifaschismus ohne Gesellschaftsanalyse*

War der Faschismus die positive Selbstbezeichnung der italienischen Rechtsradikalen, die Überwindung gewerkschaftlicher, liberaler, demokratischer und rationaler Entwicklungen ihr erklärtes Ziel, werden sich moderne Faschisten im Allgemeinen nicht offensichtlich mit dem Begriff und seinem Inhalt identifizieren. Der Antifaschismus ist also auf eine eigene Analyse der politischen Erscheinungen angewiesen.

Während sich bürgerlicher Antifaschismus wie in Fulda vom „Bündnis Fulda stellt sich quer“ ausgehend, richtigerweise gegen die offensichtlichen und besonders unappetitlichen Erscheinungen des Rechtsradikalismus wendet, gegen Stiefelnazis in

ihren Baseballschlägerjahren und die AfD, liegt das Problem in einer vom Paternalismus erdrückten Region sehr viel tiefer. Es sind wie in den 20er Jahren im katholischen Italien die in Autorität und Unterwerfung inkrustierten Verhältnisse, die Übermacht der Autoritäten und des Irrationalismus gegen Freiheit und Denken und schließlich die enge Moral der Unterworfenen selbst, deren eigene tägliche Gewalterfahrung und Gewaltausübung in und durch die Verhältnisse, die die Basis der wiederholten stillen Unterwanderung durch Faschisten schaffen.

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“ (Th.W.Adorno: *Minima Moralia*)

### ***Antifaschistische Praxis im Hinterland***

„Die immer noch fortdauernde kulturelle Differenz von Stadt und Land ist eine, wenn auch gewiß nicht die einzige und wichtigste, der Bedingungen des Grauens. [...] Ich registriere dabei nur, daß wahrscheinlich die Entbarbarisierung auf dem platten Land noch weniger als sonstwo gelungen ist.“ (Th. W. Adorno: *Erziehung nach Auschwitz*)

Während in Großstädten mit und ohne studentischer Kultur, im Allgemeinen seit vielen Jahrzehnten wechselnde antifaschistische Initiativen, Gruppen und Praxen verankert sind, die von Zeit zu Zeit aktiver oder weniger aktiv sind, teils mehr aktions-, teils theorieorientiert arbeiten, kann Fulda auf wenig erstzunehmende Organisation zurückblicken. Das, obwohl oder auch gerade weil die Rechte traditionell so stark ist und der gesellschaftliche Diskurs insgesamt nach rechts verschoben ist. Antifaschismus ist seit jeher einer breiten Denunziation ausgesetzt als fünfte Kolonne des Marxismus-Leninismus, als Linksextremismus, als der Versuch weniger Taugenichtse, redliche Bürger und ihre Anliegen zu beschädigen. Man hat bis heute durch die breite konservative Durchwirkung fast aller Bereiche, Unternehmen, Institutionen, Behörden, Gerichte usw. als bekennender Antifaschist Nachteile zu fürchten in Fulda. Insgesamt geht mit dem erkonservativen Paternalismus ein weit verbreitetes, bis in die Tiefen verankertes, Duckmäusertum einher. Die Rolle von Studierenden, die teils von außerhalb kommen und

auch in Zukunft nicht untrennbar an die Region gebunden sind, könnte so auch eine umso stärkere für die antifaschistische Praxis sein. Leider sind aber die Keime kritischen Denkens an der Hochschule über die Jahre eher abgestorben. Die Hochschule, auch der Asta, verstehen sich explizit als unpolitisch. Tatsächlich kultiviert die CDU die Hochschule Fulda seit Jahrzehnten als konservativen Gegenentwurf zu den „roten“ Universitäten in Marburg, Frankfurt oder Kassel. Sie wurde somit unter zahlreichen CDU-Kultusminister\*innen gepöppelt, erweitert und systematisch von kritischer studentischer Kultur befreit. Nichtsdestotrotz wird die Hochschule nicht in die Freizeitgestaltung ihrer Studierenden eingreifen. Selbst, wenn die Nutzung von Räumen an der Hochschule auf Widerstände treffen dürfte, existieren mittlerweile geeignete Räume auch außerhalb derer. Selbstverständlich ist Antifaschismus keine Aufgabe nur der Studierenden, sondern aller, derer an der Verteidigung von Demokratie und Recht gegen Antidemokraten, Rassisten, Antisemiten, Homo- und Transfeinden usw. gelegen ist. Er ist daher auch nicht originär eine linke Aufgabe und auch Aktionsformen, die sich nicht primär als politische verstehen, entziehen dem Faschismus die Basis. Ein lebendiger Kulturbetrieb freier Kulturschaffender, zivilgesellschaftliche Initiativen, nonkommerzielle Angebote und Treffpunkte und alle gemeinsamen Gedanken über das Bestehende hinaus, schwächen den autoritären Zugriff. Auch eine Stärkung der allgemeinen Zivilcourage, wo Menschen körperlich oder verbal angegriffen oder für ihre Lebensentwürfe verachtet und verhöhnt werden, ist mitentscheidend. In Fulda, diese Erfahrung ist den Autoren selbst nicht erspart geblieben, ist das Gegenteil der Fall. Dort, wo antifaschistische Arbeit und Zivilcourage selbst kriminalisiert und denunziert werden, muss im Zweifel auf auswärtige Organisationen wie die Rote Hilfe e.V. zurückgegriffen werden.

In einer Region, die sich der Unterwanderung der öffentlichen Meinung und auch vieler zunächst unverdächtigter Organisationen durch rechte Demokratiefeinde, bereitwillig ergeben hat, dürfte Zivilcourage und Kulturarbeit alleine jedoch nicht mehr ausreichen. Gefragt sind auch mutige Antifaschist\*innen, die sich den neuen und alten Rechten der Region verbal und auch körperlich in den Weg stellen, die dokumentieren, wo Polizei, Justiz und erweiterte Öffentlichkeit wegzuschauen geneigt sind

und die auch nicht aus Sorge um die eigene Popularität und Mehrheitsfähigkeit vor der Skandalisierung von Rassismus im Einzelnen absehen, wie ein örtliches bürgerliches Bündnis gegen Rechts, falls die öffentliche Meinung eindeutig gegenläufig ist und die selbst von institutionell autoritärem Denken, von Antisemitismus und diversen Pfadabhängigkeiten frei sind, im Gegensatz zur Linkspartei oder ihr nahe stehenden Organisationen.

Für eine antifaschistische Praxis in Osthessen bedarf es noch der Nennung von antifaschistischer Recherche und Protokollierung. Diese soll Aufrechterhalten und erweitert werden. Rechtsradikale Strukturen müssen offengelegt, ihre Strategien daraus abgeleitet und einer kritischen Öffentlichkeit offenbart werden. Aufgrund von ausbleibender Protokollierung von vergangenen Aktionen sind wir leider bei vielem nicht im Bilde, da sie niemand niedergeschrieben hat. Diese Broschüre möchte damit einen Anfang machen.

Unsere Hoffnung, als Autoren dieser Broschüre, ist, einen Anstoß geben zu können zu einer ernsthaften antifaschistischen Organisation in Fulda und Osthessen.

***Alerta Antifascista!***

## Trivia

Am 19.12.2021 wurde ein Bericht über die Rolle der Stadtverwaltung und des ehemaligen Fuldaer Oberbürgermeisters (1930-1945) Franz Danzebrink veröffentlicht, der vom Magistrat der Stadt Fulda 2016 in Auftrag gegeben wurde. Vorangegangen war eine öffentliche Diskussion im Jahr 2015 über die Umbenennung der Franz-Danzebrink-Straße in Fulda aufgrund der aktiven Dienstausbübung Danzebrinks in der gesamten Zeit des Nationalsozialismus. Die Umbenennung wurden in Fulda kontrovers und überwiegend ablehnend diskutiert. 5 Jahre später liegt dieser Bericht zur Aufarbeitung nun vor:

***„Hinweise auf eine direkte Beteiligung des Oberbürgermeisters an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sind in den vorhandenen Quellen nicht nachzuweisen. Die gewissenhafte Pflichterfüllung ließ sich für ihn offensichtlich damit in Einklang bringen, die extralegalen Freiräume, die der Nationalsozialismus bot, so auszunutzen, wie es das Erreichen der besten Konditionen im Sinne der Stadt Fulda erforderte.“***

Diese Auszüge aus dem Fazit eben jenes Berichts sind symptomatisch auch für das heutige Selbstverständnis bürgerlicher und überwiegend weißer, christlich-katholisch geprägter, großer Teile der Fuldaer Gesellschaft. Das Leugnen von eigener Beteiligung an und Verantwortung für diskriminierenden Unrechtspraktiken. Darüber hinaus verklärte, pseudo-liberale, „menschenfreundliche“ Selbstbilder, die überwiegend dem Duktus folgen, eigene Herrschaftsprivilegien ungestört ausleben zu können bei gleichzeitiger Überzeugung, selbst „gute Menschen“ zu sein. Auf diesem Nährboden gedeihen, wie in den Beiträgen dieser Broschüre dargelegt, seit Jahrzehnten immer wieder unterschiedliche rechts-extreme Strömungen und Initiativen. Grundlage bilden der konservative, fortschrittsfeindliche und antiemanzipatorische Habitus Fuldas. Für Außenstehende wirken Stadt und Landkreis auf den ersten Blick pittoresk, beim genaueren Hinsehen morbide und menschenverachtend.

**Hajo Winterfeld**

# FULDAER

Dem Deutschen Volke  
H  
Fueh, Meerkol?



# VERHÄLTNISS